

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 24. Dezember 1925

Nummer 52

## INHALTSVERZEICHNIS

Weihnachtsgedanken .....	Emil Golden
Unzulängende Regelung der Bezüge der Beamten, für die Reichsarbeiter überhaupt nichts .....	D. St.
Notmaßnahme für Beamte .....	O. R.
Frankenfall und Preiserhöhung .....	R. Lenz
Alkoholverbot in Finnland .....	H. Löggow
Ein Blick in die spanische Literatur .....	Joh. Gut
Für den Arbeiter ist gesorgt bis ins späte Alter .....	pl.
Unsere Lohnbewegung in Ostpreußen .....	R. D.
Arbeit und Tuberkulose .....	• •
Unsere siebente Internationale Konferenz II (Schluß) .....	E. D.
Aus dem Blickauge vom Streikrecht .....	Georg Potthoff
Unser Mitgliederstand am 1. Dezember .....	H. R.
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Verbandsteil	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11044



# 5 Jahre Probe

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nicht-Geht-lassen. Hefteste ich selbst. Bekannte melieren ersichtlich, auch die vorzüglichsten Anprobe befristenden großen echten Elchen-Trichter-Apparat 150°. Die Lieferung erfolgt selbst 4 Stück in auf doppelt, Kunststoffplatten nach ihr Wahl. Litenpreise gegen Zahl von nur 6. pro Woche bei angenehmen Anzahl.

# 2.

**Musik gehört in jedes Haus!**  
Verton in Sie sofort kostenlos III. Preis. P. auch über andere preiswerte Haus- und Hausalar. Tisch- und Leuchte-Apparate.  
Walter H. Gatz Berlin S42, Postfach 844 P. Alexandrinenstraße 97, in Berlin erbitte Besuch meiner Ausstellungsräume von 8-7 Uhr.

## BETTNAESSEN

Herr Josef Adler, Seefeldort Nr. 49 schreibt: „Von meiner frühesten Kindheit bis zu 20 Jahren litt ich an Bettmäßen. Sehr viele Qualen, Unannehmlichkeiten und Verdruss mußte ich im Verlaufe dieser Jahre erdulden, besonders während meiner Lehrzeit. — Auf das Sanit. Institut Gg. Engelbrecht in München aufmerksam gemacht, wandte ich mich an dieses. Da mir zugesandte Mittel führte zur völligen Befreiung meines Leibes, wofür ich genanntem Institut von ganzem Herzen dankbar bin, ich empfehle jedem Leidensgefährten, sich vertrauensvoll zu wenden an das seit 15 Jahren bestehende Sanit. Institut Gg. Engelbrecht, München B 575, Malstraße 10. Auskunft umsonst. Alter u. Geschl. angeb. Taus. Anerkennung.“

**Werkzeug-Kleinkunst**  
Alle Arten kleinformatiger Werkzeuge, Hand- und Maschinenwerkzeuge, insbesondere für die Metallbearbeitung.  
Zur Verfügung in großer Auswahl im **Werkzeug-Kleinkunst**  
Zur Verfügung in großer Auswahl im **Werkzeug-Kleinkunst**  
Zur Verfügung in großer Auswahl im **Werkzeug-Kleinkunst**  
Zur Verfügung in großer Auswahl im **Werkzeug-Kleinkunst**

### Wollen Sie eine bessere Stellung

erringen, ohne Ihren jetzigen Beruf unterbrechen zu müssen, so bereiten Sie sich sofort durch die Selbst- und Fernunterrichtswerke der Methode Rustin vor auf: das Abiturienten-Examen der Oberrealschule, des Realgymnasiums, des Gymnasiums, Reife für Obersekunda, Deutsche Oberschule, Handelswissenschaften. — Allgemeinbildende Unterrichtskurse: Wissenschaftl. geb. Mann, geb. Kaufmann. — Vorbereitung zu technischen Prüfungen durch Selbst- u. Fernunterricht: Elektrotechnik, Maschinenbau, Berg- u. Huttenwesen, Installation, Handwerk usw. — Unsere Beratungsstelle erteilt über die Nachholung versäumter Prüfungen unverbindlichst Auskunft und sendet Prospekt kostenlos. Dem Studium ist ein Fernunterricht angeschlossen. — Bequeme Monatszahlungen.  
Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam, Postfach 7.

### ANZUGSTOFFE

gut und billig. Lieferung auch an Private zu Fabrikpreisen.  
**WOLL-SPINNEREI, WEBEREI UND STRICKEREI**  
N. LAUDA, BADEN

**MUSIK**  
Instrumente  
Für Orchester, Schule und Haus  
Verständlichste Prospekt  
**MAX DÖRFFEL**  
Klindenberg's Nachf. Nr. 10

**Gummi** - auch die hyg. Artikel  
Preis 5. grat. Pharm. hyg. Industrie Medicus.  
Berlin N 54, Tel. 46231 - 25 1.

**Busfen, Aiemnot** - Verdiehmung  
Schreibe allen gern umsonst womit sich schon viele Tausende v. ihrer Qual befreien. Nur Rückmarke erw.  
Walther Althaus, Beilngriesdorf (Eichsfeld), B. V. 124.

### „Komet-Freilauf“

gehört in jedes Fahrrad!

Unverwundlich im Gebrauch!

### Unschonwynn Vin

von Ihrem Händler  
**Edwin's Toback**  
Deus Klein, Gölferstadt

### Garderobe

bei Teilzahlung  
**Berren Damen**  
Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider  
Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke  
Gute Ware / Solide Preise  
Große Auswahl  
M. Beiser, Berlin  
in Charlottenburg: Ledergasse  
Straße 67 / am Orsten:  
Ruhlestraße 115

### Betten

bes. prima d. h. d. d. K. Sp. d.  
Langjährige Credit & Katalog und Proben mit über 50 verschiedenen Proben und Nachschick oder Bezahlung. Versand unter Nachnahme.  
W. Büttner, G. m. b. H., Werli W. 72.  
Berliner Straße 14.

### Weihnachts-Angebot!

Diese komplette „FOTO-KAMERA“ mit verwähliger Optik, Zeit- und Messerverschluß, eine Kassette oder Metallschleife und Belichtungs-Garantierter haltbarer Photo.  
Maße 4,5 x 6 cm mit Einwar-Mark 5,00  
Diese Kamera wird auch mit vollwertiger Belichtungs-Garantie und Belichtungs-Vertrag zum Preis von 12,00.  
Kaufmann, Prospekt gratis.  
Amateur-Photo-Versand H. Jansen, Adl. O. Karlstraße 1. B. Berlin 107.

**Bestenfalls Menschen**  
woll Kraft und Schmalz  
gibt Dr. Hübeners Lebenssaft  
Schadet! — In Apotheken u. Drogerien

### Arcona-Räder

Hendert L. II. und III. Preis  
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!  
**Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!**  
100.000 im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den besten u. schwerigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**  
Verlangen Sie Katalog gratis und franko  
**Ernst Machnow BERLIN C 64**  
Weinmeisterstr. 14

### Kinderwagen Kublike

Berlins altrenommiertes Spezialhaus  
**Kinderwagen / Kinderbettsstellen**  
Kindermöbel / Metallbettsstellen  
für Erwachsene  
Kauflager: Neue Königstr. 39, am Alexanderplatz.  
Telephon Alexander 1990  
II. Lager: Charlottenbg., Wilmsdorfer Str. 37.  
Telephon Wilheim 9239

### Jagdrad-Fahrräder

Durch ein Private zu sehr billigen Preisen  
Burgmüller-Waffen  
aus Frankreich, Belgien, Preußen, Laib  
besonders geeignet für Jagd und Sport  
Burgmüller & Söhne  
Karl-Liebknecht-Str. 115

### Geschlechtskunde

Auf Grund 30-jähriger Forschung und Erfahrung von Dr. med. Magnus Hirschfeld (Leitender Arzt des Instituts für Sexualwissenschaft in Berlin). Erscheint in etwa 10 Lieferungen. Alle 4 Wochen eine Lieferung. Preis pro Lieferung 2.- Mk. Prospekt gratis.  
**Buchhändler Erich Becking**  
Frankfurt a. M., Priest Str. 4 (F)

XXIX. Jahrgang

Berlin, den 24. Dezember 1925

Nummer 52

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Friede auf Erden!

# Weihnachtsgedanken

Von Emil Felden, Bremen.

Winter Sonnenwende! Weihnachten! Wieder sind wir gepackt vom Zauber dieses Festes, der uns schönste Stunden unseres Daseins und liebe Menschen ins Gedächtnis zurückt und in uns unendliches Sehnen nach Glück erwachen läßt. Wir hören an diesem Tage reden und singen von Liebe und Frieden und Erlösung. Und jeder sucht jedem, den er liebt, Liebes zu erweisen. Ist nicht die grüne Tanne der Liebe und der Hoffnung Sinnbild? Und die Lichter das Sinnbild des Himmelslichtes, des neugeborenen, das dem Menschen ein Erlöser aus Wintersnot war? Denn Winter bedeutete den Altordern Elend und Grauen, Nacht und Kälte, Not und Tod. Aber die Winter Sonnenwende, die freudig gefeiert wurde, war ihnen der Beginn der Erlösung aus der Macht finsterner Mächte, die Gewalt über die Menschen erlangt hatten und nun langsam ihrer Herrschaft beraubt wurden. Sie war ihnen die Geburt des Erlösers, des Sonnenhelden, der ihnen als die Verkörperung der sich selbst schenkenden und opfernden Liebe erschien. Nicht etwa nur sinnbildlich, wie uns Spätgeborenen, in einem neuen Weltbilde Lebenden; nein, das Leben auf Erden und alles, was sich hier unten abspielte, erschien ihnen lediglich als Abkassch dessen, was sich im Himmel — der Welt der Ewigkeit nach ihrem Glauben — und am Himmel vollzog. Und dort sahen sie ja zur Winterzeit alljährlich den Erlösergott, die Sonne, von neuem geboren, um den Siegeslauf anzutreten und den Menschen Liebe zu erweisen, sogar durch den Tod.

Weihnachten — das Fest der Liebe! Ach, man möchte auflachen in schmerzhaftem Hohn, wenn man dies vernimmt. Liebe? Sehen wir nicht überall Lieblosigkeit? Denkt nur an die Hunderttausende von Arbeitslosen, an die Hungernden, die Frierenden, die Entlebten ... alles Kinder des knechtenden, klaffen-jüchtenden, aussaugenden Kapitalismus, der nichts von Liebe weiß, sondern nur Lieblosigkeit mit Naturnotwendigkeit gebiert. Im Menschen lebt, wie in jedem Wesen, der Selbsterhaltungstrieb. Er kann sich verengen zur Selbstsucht, so sehr verengen, daß der Mensch ein grausames Tier wird. Er kann sich aber auch erweitern zum sozialen Trieb; im gesund empfindenden Menschen ist dies der Fall. Im höher entwickelten Menschen veredelt er sich zur Menschenliebe. Zwischen Selbstsucht und sozialem Trieb schwanken wir hin und her, denn wir leben alle im Zeitalter des Kapitalismus, der die Selbstsucht jüchtet und den sozialen Trieb verkümmern läßt — mit Naturnotwendigkeit.

Als die Menschen noch in Horden zusammenlebten, war ihr Selbsterhaltungstrieb identisch mit dem sozialen Trieb. Nur so konnte sich der Mensch der Tierheit entwinden, nur so konnten Sprache und Gesittung entstehen. Treue, Aufopferung und alle Tugenden eines sozialen Gebildes sind nicht Geschenke der Götter, sind auch nicht auf Ratschläge oder Befehle eines Gottes hin entstanden, sondern natürlich gewordene Früchte des sozialen Triebes, gezüchtet im Treibhaus der gesellschaftlichen Entwicklung. Wo diese so gestaltet war, daß Gewalttätige und Schläue sich vom sozialen Trieb emanzipieren konnten, da stießen sie die betrogenen und geknechteten Mitmenschen ins Elend, da sanken sie selbst aber auf eine tiefere sittliche Stufe hinab, bis ins Untermenschliche zurück; trotz errungenen Goldes und erlangter Macht.

Wo sich, wie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, weite Kreise der Menschlichkeit von diesem Trieb emanzipieren, da ist die Menschheit unerlöst — trotz aller schönen Weihnachtslieder von Liebe und Frieden, trotz aller Evangelien vom Erlöser, der vor bald 2000 Jahren geboren sei. Da werden der Proletariat unerhörte Opfer dargebracht an Glück und Frieden, an Gesundheit und Leben — der anderen, der Schwachen, Menschen-

opfer, zahlreicher und unerhörter, als sie den grausigsten Göttern dargebracht werden, zu deren Dienern, den Heiden, unsere Missionare geschickt werden. Menschenliebe wird zur Phrase. Im günstigsten Falle wandelt sie sich um in Wohlthat und Almosen, wodurch die Wunden des Volkstörpers mit Pflaster verdeckt, aber nimmer geheilt werden — das beste Merkmal dafür, daß die Gesellschaftsordnung schlecht ist. Da ist nämlich der Mensch nicht mehr Selbstzweck, er ist nur noch Mittel zum Zweck: der Wirtschaft zu dienen und die Profite zu erhöhen. Alles wird in den Dienst dieses Strebens gestellt, daß sich vom mittelstufenlosen Konkurrenzkampf im eigenen Volk zum erbarmungslosen, menschenumhädenden Kriege zwischen den einzelnen Völkern weiterentwickelt.

So sehr ist die Menschheit durch die heutige Kultur — die größtenteils eine Fraße echter Kultur ist — dem sozialen Trieb entwöhnt, daß auch heute noch weite Kreise der Völker trotz des Elends des Weltkrieges und trotz Cocarnos den Krieg für notwendig, gottgegeben, ja heilsam und gut halten! Auch heute noch ist die in den Schulen gelehrt Geschichte Kriegsgeschichte, aber nicht Kulturgeschichte. Als Helden gelten die Verwüster, nicht die Aufbauer mit schwelger Hand und geistdurchdringter Stirn. Das Ziel des Strebens ist nicht das Glück und Wohl der Allgemeinheit, sondern der persönliche Besitz, der Reichtum, der Zinsen und Grundrente, also arbeitsloses Einkommen bringt, um das man den Arbeitenden beraubt.

Dürfen wir da von Erlösung sprechen und singen?

Das Wort klingt wie Hohn. Die Menschheit schmachtet noch unerlöst in den Banden kaiserlicher Selbstsucht.

Dann wissen wir aber auch: die Erlösung ist kein himmlisches Drama, bei dem die Engellein mitsingen. Sie ist kein überirdischer Vorgang. Sie ist vielmehr sehr irdisch und vollzieht sich langsam in langem, langem Zeitraum. Der Aufstieg der Menschheit aus tierischem Sein in das Menschentum hinein ist diese

langsame Erlösung. Nicht heißt sie das Blut eines Gottessohnes, sondern das Herzblut vieler, vieler Menschenkinder. Nicht einer vollzieht sie stellvertretungsweise, nein, die Menschheit erlöst sich selbst. Diese Erlösung ist die Folge des Zusammenarbeitens aller gesunden Elemente der Menschheit, aller derer, die bemüht oder unbewußt dem sozialen Trieb in sich selbst folgen, der menschlichen Form des Selbsterhaltungstriebes. Sie ist die langsame Befreiung aus den Fesseln des Nichtwissens und Aberglaubens. Denn Nichtwissen erzeugt Haß, und dieser ist der Vater des Todes, wie die Liebe die Mutter des Lebens ist. Liebe zur Menschwerdung bei sich und anderen, das ist die Erlösung. Die Liebe aller gegen alle — das ist ihr Ziel. Und ihr Mittel: die sich selbst schenkende Liebe.

Der Kapitalismus ist auf dem Wege der Menschheitsbefreiung der Winter. Auch er muß durchgemacht werden! Auch er wird vorübergehen. Er entwürdigt den Menschen zum Werkzeug, weiß nichts von Hingebung und Liebe, er kennt nur den Profit. Das Gold ist sein Gott und Heiland.

Der Sozialismus, der Frühling der Menschheit, dem wir zustreben, betrachtet dagegen den Menschen als Selbstzweck. Er will den Menschen zum Menschen werden lassen. Das heißt: in sich entstehen lassen, hegen und pflegen den Willen zum wahren Leben, wie es dem Menschen zukommt, den Willen zu Taten der Befreiung, zum Menschentum, mit einem Worte: das aufrichtige, opferbereite, soziale Mollen.

Winter Sonnenwende werde Wirklichkeit in unseren Reihen! Laß in uns den Erlöserwillen geboren werden. Laß groß werden in uns den opferbereiten, satzhaften Glauben an den Frühling, den herrlichen Frühling unseres Volkes, der ganzen Menschheit!

## Weihnachten

So dunkel auch die Tage rinnen,  
So glücklos und so ohne Lust,  
So grau die Sorgen uns umspinnen,  
Das eine ist uns tief bewußt:  
Einmal, vielleicht in einer Stunde  
Am Weihnachtstag, vergeht die Nacht  
Um uns. Die letzte Wunde  
Verblutet nach gekämpfter Schlacht.  
Und nur die Liebe wird noch leben  
In unsern Herzen tief und rot:  
Auf unsern Lippen wird dann schweben  
Das Heilandswort: Der Haß ist tot.  
Die Liebe lebt. Nie mehr wird darben  
Das Volk an seinem Weihnachtsbaum,  
Und dunkle Not und rote Narben  
Sind fernher Zeiten düster Traum.  
O, diesen Traum nur einmal leben,  
Nur einmal auch im Lichte stehn:  
Nach joviell Kampf und joviell Streben  
Die heilige Erfüllung sehn.  
Erich Orfan.

## Unangenehme Regelung der Bezüge der Beamten, für die Reichsarbeiter überhaupt nichts.

Als vor einigen Wochen in der Öffentlichkeit, besonders aber von der Beamtenchaft selbst der Ruf nach Neuregelung der Beamtensbesoldungsordnung immer lauter wurde, tauchte an irgend einer Stelle (rein „vertraulich“ natürlich, wie alle derartigen Dinge behandelt werden) die Behauptung auf, daß bei einer Anzahl Ländervertretern die Absicht bestehe, den Beamten eine einmalige Abfindungssumme in Höhe eines halben Monatsgehaltes zu geben. — Obwohl dieses von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums zunächst bestritten wurde, sahen sich die am D.R. beteiligten Verbände doch veranlaßt, zu der Frage Stellung zu nehmen, denn es gibt nicht nur eine Notlage der Beamten, sondern in demselben Maße auch eine solche der Arbeiter. Das Ergebnis dieser Arbeit war der in der „Gewerkschaft“ Nr. 50 befamnisgegebene Antrag, der nicht nur dem Reichsfinanzministerium, sondern auch den Arbeiterfraktionen des Reichstages übermittelt wurde. Aus dem Hin und Her der Reichstagsverhandlungen blieb schließlich nur das für die Beamten unangenehme Resultat übrig, das der Antrag der Bayerischen Volkspartei enthielt und der den Beamten eine kleine Weihnachtsunterstützung bringt.

Diese Unterstützung auch den Arbeitern zu gewähren hat der Reichstag abgelehnt. Eingetretten für unseren Antrag sind nur die Vertreter der Arbeiterparteien. Die Zentrumsfraktion konnte sich nicht einmal dazu ausschwingen, für den Antrag der ihr nahestehenden christlichen Gewerkschaften zu stimmen. Dieses arbeiterschädigende Treiben muß mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet werden. Wir dürfen wohl den Wunsch daran knüpfen, daß unsere Kollegen diese Tatsache auch in den Reihen der Reichsarbeiter bekannt werden lassen. Von den übrigen bürgerlichen Parteien des Reichstages in diesem Zusammenhange zu reden, erscheint überflüssig, weil wir von diesen nicht das geringste Entgegenkommen erhofft haben.

Nach dieser ablehnenden Haltung des Reichstages haben wir uns dann sofort mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung gesetzt. Es ist uns gelungen, einen Verhandlungstermin zu erwirken. Leider sind aber auch diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Alles von uns vorgetragene Material, in welchem wir die Notlage der Arbeiter an Hand von einschlägigen Beispielen schilderten, scheiterte an dem Widerstand des immer noch im Amt befindlichen Kumpfkabinetts Dr. Luther. Der Reichszähler war es ja auch, der im Reichstage sich hinter formal juristische Grundzüge verschanzte und den Antrag der Arbeiterorganisationen niederkämpfte mit dem Hinweis, daß wir uns in einem Tarifverhältnis befinden. Auf denselben Standpunkt stellten sich bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium die Ministerialdirektoren, Ministerial- und sonstigen Räte. Selbst unser Hinweis, daß diese einmalige Zulage mit dem Tarifvertrag nichts zu tun habe und daß es sich hier lediglich um eine ausgeprochene Lohnmaßnahme handle, in erster Linie hervorgerufen durch die vertrackte Preisfestsetzung der Regierung Luther vermochte die Leute nicht davon zu überzeugen, daß hier ein soziales Unrecht schlimmster Art an der Arbeiterschaft begangen wird.

Kollege Stetter hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er den Herrschaften mit aller Deutlichkeit zu Gemüte führte, daß die ablehnende Haltung des Reichsfinanzministeriums lediglich zurückzuführen sei auf den Einfluß der Reichsbahndirektion und der mit dieser verbündeten Schwerindustrie; denn was die Reichsbahndirektion sich in letzter Zeit in Scharfmacherei ihren Arbeitern gegenüber geleistet hat, können auch die rheinisch-westfälischen Großindustriellen nicht mehr überbieten. Wenn Ministerialdirektor Lohholz die Meinung zum Ausdruck brachte, daß man den Arbeitern aus staatspolitischen Erwägungen heraus diese Zulage nicht gewähren könne, so möchten wir demgegenüber der Meinung sein, und haben das auch zum Ausdruck gebracht, daß die Haltung des Reichsfinanzministeriums und die Haltung der Reichsbahndirektion alles andere, nur nicht im staatspolitischen Interesse gelegen wäre. Es ist auch ganz unmöglich, daß die Herrschaften etwa der Meinung sein können, daß die Arbeiter sich diese Art Lohnpolitik auf die Dauer gefallen lassen können. Im Reichsfinanzministerium wird ein gefährliches Spiel getrieben, das sich früher oder später in unangenehmer Weise rächen wird.

Für den Augenblick ist leider unsere Mission zu Ende. Formell hat die Regierung recht. Wir stehen in einem ungelindigten Tarifverhältnis, und soziales Empfinden ist nun einmal bei der Regierung Luther nicht vorhanden. Also bleibt uns nur der eine Ausweg, bei der ersten besten Gelegenheit unseren Lehnartikelfvertrag zu kündigen. Ob und wann dieser Termin fällig sein wird, darüber werden die in Frage kommenden Organisationen in den nächsten Tagen beraten. Nach dem ständigen Ausgang der Besoldungsregelung der Beamten haben diese mehr als zuvor Ursache, im neuen Jahr g e m e i n s a m

mit den Arbeitern eine Lohn- und Besoldungsregelung zu erzwingen, die sie vor dem langsamen Verhungern schützt.

All den Reichs- und Staatsarbeitern aber, die auch heute noch in vollster Verkennung ihrer wirtschaftlichen Lage den christlichen und weiß Gott was für Organisationen nachlaufen und vielfach überhaupt noch nicht organisiert sind, sollte doch endlich das Vorgehen des Reichstages sowohl als auch die Haltung des Reichsfinanzministeriums die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß sie ihre wirtschaftliche Lage nur verbessern können durch den restlosen Zusammenschluß im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. D. St.

### Notmaßnahme für Beamte.

Das Spiel ist aus. Von Anfang an hatte man falsche Karten gemischt. Und noch kurz vor der Entscheidung trumpfte die Reichsregierung mit einer Karte auf, deren gezinkte Ecken bald jedermann deutlich sichtbar werden sollten.

Die Not, zumal der Beamten aus den unteren Gruppen, ist riesengroß. Sie wuchs von Monat zu Monat. Aber ebenso groß war auch der Widerstand der Reichsregierung und des Reichstags gegenüber einer Aufbesserung der Beamtengehälter. Je größer die Not der Beamten, desto stärker dieser Widerstand. Wenn es dennoch gelungen ist, zu der nunmehr feststehenden einmaligen Notmaßnahme noch vor dem Fest zu kommen, so ist das einzig und allein in unermühten Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes und der uns befreundeten Abgeordneten zu danken. Zweierlei ist an dieser Aktion bedeutsam. Einmal der hartnäckige und erfolgreiche Widerstand der Regierung gegen den Ausschlußantrag, der im Gegenlag zur angenommenen Notmaßnahme eine dauernde Aufbesserung der Gehälter gebracht hätte. Zum zweiten aber hat der Reichszähler in letzter Minute Absichten des Reichsfinanzministeriums verraten, die allerhand Folgen für die Beamtenchaft erwarten lassen. Ein neues Besoldungssystem ist in Arbeit. Die Zahl der Besoldungsgruppen soll vermehrt werden. Wenn Dr. Luther von einer „eindringlichen, feinen“ Arbeit spricht, dann kann sich der Einsichtige schon einen Bers darauf machen. Das neue Besoldungssystem hat für die Regierung nur dann einen Sinn, wenn es zu Ersparnissen führt. So sehen wir aus der einen Aktion neue Schwierigkeiten und neue Kämpfe erwachsen. Das Weihnachtsereignis kann die Not der Beamten auf die Dauer nicht unterbinden. Die breite Masse der Beamten sollte immer mehr einsehen, daß es der Anspannung aller Kräfte bedarf, um das Notwendige zu erkämpfen und die in Aussicht gestellten Angriffe abzuwehren. Der A.D.B. muß immer mehr zum großen Sammelbecken der aufgeklärten Beamten werden.

Die nun im Reichsbesoldungsblatt Nr. 43 auf Grund der Reichstagsbeschlüsse abgedruckten Verordnungen haben folgenden Wortlaut: Nr. 192. Notmaßnahme für Beamte, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger, Beamtenhinterbliebene und Angehörige.

I. Den Planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, den Beamten im Vorbereitungsdienst, soweit sie für Dezember 1925 Unterhaltzuschüsse erhalten, den Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, den Beamtenhinterbliebenen und den Angehörigen ist als einmalige Notmaßnahme zu zahlen:

1. soweit die Bezüge der genannten Beamten usw. für den Monat Dezember 1925 nach den Sätzen der Besoldungsgruppen I bis IV festgesetzt sind, ein Viertel der ihnen für den Monat Dezember 1925 zustehenden Gesamtbezüge,

2. soweit die Bezüge der genannten Beamten usw. für den Monat Dezember 1925 nach den Sätzen der Besoldungsgruppen V und VI festgesetzt sind, ein Fünftel der ihnen für den Monat Dezember 1925 zustehenden Gesamtbezüge.

II. Mindestens jedoch sind den unter I 1. und 2. genannten Beamten usw. zu zahlen:

a) den Ledigen 30 Reichsmark, — b) den Empfängern eines Frauenaufschlag 40 Reichsmark statt 30 Reichsmark, — c) den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen (auch gekürzten) für jedes Kind, für das für Dezember 1925 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe zahlbar ist, außerdem je 5 Reichsmark, — d) den Volkswaisen insgesamt 10 Reichsmark.

III. Bei wiederbeschäftigten Wartegeldempfängern wird die Dienstvergütung bei der Berechnung der einmaligen Zahlung mitberücksichtigt. Bei vorläufig vom Dienst entbundenen Beamten wird die Notzuwendung aus dem vollen, um den einbehaltenen Gehaltsanteil nicht gekürzten Monatsbezug errechnet und voll gezahlt.

IV. Soweit für den Monat Dezember 1925 für verstorbenen Beamte Gnadenbezüge gezahlt worden sind, wird die Notzuwendung aus dem auf Dezember 1925 entfallenden Teil des Gnadenbezuges errechnet. Diese Notzuwendung gehört nicht zu den Dezemberbezügen, aus denen etwaige Gnadenbezüge für die Monate Januar bis März 1926 errechnet werden.

V. Den auf Grund des Art. 14 der VAB. unter Gewährung von Abfindungsummen ausscheidenden Beamten, deren Kündigungsfrist am 1. Dezember 1925 noch lief, ist die Notzuwendung ebenfalls zu gewähren.

VI. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 eine Versteuerung dieser Beträge vom Steuerabzug nicht zulassen. Vielmehr sind auf diese Zahlungen die Vorschriften des § 73 des Einkommensteuergesetzes Anwendung, nach denen bei einmaligen Zahlungen in jedem Falle als Steuer abzuziehen sind: bei ledigen 10 v. H., bei Verheirateten 9 v. H., ferner für jedes zu berücksichtigende Kind 1 v. H. weniger.

VII. Diese Zahlungen sind sobald wie möglich, jedenfalls noch vor Weihnachten, zu leisten. Soweit nach dem Erlass vom 15. September 1924 (Reichsbesorgungsblatt S. 138) für die Zahlung usw. der Wartegelder, Hutbeschälter und Hinterbliebenenbezüge die Versorgungsämter zuständig sind, liegt diesen auch die Berechnung und Zahlung der genannten Notzuwendungen ob. Die gezahlten Beträge sind bei denselben Haushaltsstellen zu verrechnen, wie die laufenden Bezüge für Dezember 1925.

Nr. 1293. Beispiele zu I d. Nr. 1292 (I B 24662 vom 16. Dezember 1925).

Beispiel 1. Ein Beamter oder Soldat der Besoldungsgruppe II Stufe 5 in einem Orte der Ortsklasse A ohne örtlichen Sonderzuschlag erhält monatlich: a) wenn unverheiratet, Grundgehalt einschließlich des Zuschlags zum Grundgehalt 100 Reichsmark, Wohnungsgeldzuschuß 35 Reichsmark, zusammen 135 Reichsmark; b) wenn verheiratet (Frauenszuschlag) 12 Reichsmark, zusammen 147 Reichsmark; c) wenn verheiratet mit 2 Kindern unter 7 Jahren (Kindzuschläge) 36 Reichsmark, zusammen 183 Reichsmark. — Hierzu beträgt die nach VAB. 1925 (I d. Nr. 1292) bewilligte einmalige Notzuwendung ein Viertel, also a) für Unverheiratete 33,75 Reichsmark (dieser Betrag wird gewährt, weil er den Mindestbetrag von 30 Reichsmark überschreitet); — b) für Verheiratete ohne Kinder 36,75 Reichsmark (statt dessen den Mindestbetrag für Empfänger eines Frauenszuschlags mit 40 Reichsmark); c) für Verheiratete mit 2 Kindern 45,75 Reichsmark (statt dessen den Mindestbetrag für Empfänger eines Frauenszuschlags und zweier Kindzuschläge mit 50 Reichsmark).

Beispiel 2. Der Mindestbetrag für einen Beamten, der keinen Frauenszuschlag, aber 3 Kindzuschläge bezieht, ist  $30 + (3 \times 5) = 45$  Reichsmark. Das Alter der Kinder ist hierbei ohne Belang.

Nr. 44 des Reichsbesorgungsblattes enthält dann unter Nr. 1290 noch eine Ausführungsanweisung zum obigen Erlass 1292, der wir folgendes entnehmen:

1. Zu den Gesamtbezügen unter Nr. I a. a. O. gehören die Bezüge, die die Beamten usw. der gleichen Behörde und am gleichen Orte regelmäßig erhalten, nicht aber persönliche Sonderzulagen einzelner Beamten usw., wie z. B. Trennungsschadigungen, Tagegelder, Nachdienstzuschläge und ähnliches.

2. Die Höhe der Notzuwendung wird aus den für den Monat Dezember 1925 tatsächlich zuzehenden Bruttobezügen errechnet; in jedem Falle werden jedoch mindestens die unter Nr. II a. a. O. genannten Beträge gewährt. Erhalten Beamte usw. und Angestellte Bezüge aus mehreren öffentlichen Kassen, so sind von jeder Kasse ohne Rücksicht auf den Mindestbetrag zunächst nur je ein Viertel bzw. ein Fünftel der für Dezember 1925 zahlbaren Bezüge auszuführen. Erreicht die Summe dieser verbleibenden Zahlungen nicht den Mindestbetrag (vgl. unter II a. a. O.), so hat diejenige Kasse den zur Erreichung des Mindestbetrages noch erforderlichen Betrag auszuführen, von der die Bezüge für die letzte oder letzte Beschäftigung des Zahlungsempfängers bezahlt werden.

3. Die Notzuwendung stellt nicht eine Erhöhung der Dezemberbezüge dar, sondern die Dezemberbezüge sind nur als Bemessungsgrundlage für die Höhe dieser Notzuwendung gewählt. Sie soll dazu dienen, sowohl in der Vergangenheit bereits entstandene, wie auch in der Zukunft noch entstehende Rückstände zu mildern. Bei dieser für einen längeren Zeitraum berechneten Maßnahme sind die Beamten usw. sowie die dauernd beschäftigten Angestellten zu berücksichtigen. Es bestehen aber keine Bedenken, die Notzuwendung auch vorübergehend beschäftigten Angestellten (vgl. § 3 Abs. 7 VAB.) zu gewähren, wenn ihre Beschäftigung einen Zeitraum von 4 Monaten binnen eines Jahres — seit 1. April 1925 — gemäß § 47 Abs. 3 VAB. erreicht hat oder voraussichtlich bis zum 31. März 1926 erreichen wird.

4. Angestellte, deren Dienstbezüge auf Grund des § 33 Abs. 1 des VAB. ruhen, erhalten die unter Nr. II a. a. O. angegebenen Mindestbeträge.

5. Angestellten, die im Laufe des Monats Dezember ausgeschieden sind, ist auf Antrag die Notzuwendung zu zahlen, sofern die allgemeinen Bestimmungen zutreffen.

6. Die Notzuwendung bleibt bei der Berechnung von Abfindungssummen oder Ubergangsgeldern außer Betracht.

7. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ist es nicht möglich, diese Zahlungen von den Beiträgen zu den Sozialversicherungen freizustellen.

8. Die Zahlung der Notzuwendung hat sofort in einer Summe zu erfolgen.

D. R.

## Frankenfall und Dreiserhöhung.

Paris, Mitte Dezember 1925.

In Frankreich beginnt jetzt der Wettlauf von Inflation, Preissteigerung und Lohnerhöhung in sein akutestes Stadium einzutreten, bevor der Finanzbau mangels einer alle Teile befriedigenden Lösung

in die Verhältnisse Deutschlands von 1922—23 auseinanderfällt. Nimmt man 100 als Basis von 1914, so ist ein ungefähres Standhalten des Inflations mit dem Lohnerhöhungsbeginn nur gegen Ende des Krieges zu bemerken gewesen, als es der französischen Regierung darauf ankam, die Stimmung im Lande zu heben und den Aerger über die schlechten Vorkriegslöhne wieder etwas auszugleichen. Bei Kriegsende stand der Lebensmittelindex auf 210 und der Lohnindex auf 195 bei aussichtsreicher Hoffnung auf eine baldige Preisentlastung der Waren. Aber drei Jahre später ergaben sich bereits die folgenden Ziffern: Inflation 36 Milliarden, Lebensmittelindex 402, Lohn 375. Augenblicklich lauten sie: Inflation 6,6 Milliarden, Lebenskosten 600 und Lohnerhöhung 425.

In Frankreich spielt das Brot eine weit wichtigere Rolle noch als in Deutschland. Brot und Wein ist für den Franzosen, was für den Deutschen Kartoffeln und Bier bedeutet. Also stürzten sich die unberufenen Spekulanten schon seit Jahren vor allem auf das Mehl, da sich besonders nach dessen Preis auch die Preisgestaltung der übrigen Lebensmittel und Waren richtet. Man erlebt da in Frankreich die Tatsache, daß die Waren um so teurer werden, je mehr davon da ist. Der alte ökonomische Weisheitsatz, daß eine Ware um so billiger ist, je mehr von ihr auf dem Markte erscheint, jrringt aus den Fugen. Denn je mehr Spekulationsmasse die Spekulanten vorfinden, um so sicherer gelingt ihnen die Verteuerung des Brotes. All ihre Hoffnungen, die Ernte würde schlecht ausfallen, sind in Frankreich genau so enttäuscht worden wie in Deutschland. Die Ernte von 1925 hatte 16 Millionen Zentner Getreide mehr erzeugt als die des Vorjahres. Also steigen die Preise. Denn Frankreich ist auch noch auf Getreideimport angewiesen, und so blieben Hunderte von Pnassen ausländischen Getreides in Valenciennes und Dunkerque unabgeladen liegen, und so erlebte man zur Verhinderung von Getreidelieferungen Ausperrungen der Arbeiter, als nach falschen Börsenmanövern eine Unterfuchung im Hafen von Saint Nazaire eine Baiffe von 30 Franken pro Zentner (von 30 Centimes pro Kilogramm Brot) herbeizuführen begann.

Aber ebenso stürzen sich die gleichen Leute auch auf das inländische Getreide. Vom Moment des ersten Dreiehens an überschwemmt ein Heuschreckenschwarm von Maklern alle Inhaber kleiner Speicher, um die Ernte des ganzen Jahres zu lächerlichen Preisen aufzukaufen. Es gibt Hunderte und aber Hunderte kleiner Landbesitzer, die vor Armut ihr Getreide roh verzehren. Diese Kleinbauern zahlen mangels Geld das Brot beim Bäcker mit Getreide und stecken obendrein bei ihm noch vielfach in Schulden. Der Bäcker andererseits drängt darauf, das Getreide im Moment der Ernte zu erhalten, weil dann der Preis besonders billig ist. So verkauft also der Getreideanbauer sein Korn zum billigsten Preis, um sein Brot zum teuersten zu essen.

Daneben stehen natürlich auch Besitzer großer Getreidespeicher, die es im Zurückhalten ihrer Ware und in der Kunst sonstigen Preissteigern zur höchsten Form gebracht haben. Sie operieren damit, daß sie nicht mehr billig verkaufen können, weil der Pfund Sterling auf 126 steht, daß also dementsprechend auch der Brotpreis steigen müsse, der seit etwa drei Monaten 1,60 Franken pro Kilo beträgt. Aber als sie 1924 lären ließen und die Düngemittel kauften und den Landarbeitern ihren Lohn gaben, da war das englische Pfund nur auf 80 Franken.

Man erwägt nun, auf den Senat zu drücken, daß er das von der Kammer bereits angenommene Gesetz einer Erklärung der Getreidebestände ebenfalls billigen möge, man erwägt ein Verbot der Verfütterung von Getreide an Tiere, die Verpflichtung schnelleren Dreiehens zum Kampfe gegen die Spekulanten, die an der Handelsbörse auf die wichtigste Volksnahrung wie auf Pferderennplätzen spielen, die Schaffung einer staatlichen Manövermasse zur Herbeiführung niedriger Importpreise. Man erwägt und man handelt nicht. So haben die Interessenten alle Möglichkeit, in Ruhe ähnlich auf die Fischpreise einzuwirken. Als vor einigen Tagen sehr große Fischfänge den Fischpreis um 4 Franken pro 100 Kilogramm herabzudrücken drohten, da verständigten sich alle Fischhändler, die Fische lieber verderben zu lassen als aufzukaufen, während die Bevölkerung Hunger leidet. Wäre der Fisch auf den Markt gekommen, so wäre der Fleischpreis entlastet worden und hätte damit eine Senkung des Gemüsepriees und des Standes anderer Nahrungsmittel im Gefolge haben können.

Das Sinken einer Währung beruht zum Teil auf Vertrauensmangel. Die französische Regierung, die durch vertrauensunwürdige Elemente lieber das Volk verkommen läßt, als daß sie gegen sie einschreitet, darf sich also nicht wundern, wenn der Franken weiter auf dem absteigenden Wege bleibt.

R. Leng.

# Das Alkoholverbot in Finnland.

Wie über das amerikanische Alkoholverbot werden auch über das finnländische (das einzige in Europa) die tollsten Gerichte verbreitet. Auch hier soll Schmuggel und Geheimbrennerei die guten Wirkungen, die vom Verbot erhofft wurden, vollständig illusorisch machen. Es erscheint deshalb angebracht, das finnländische Alkoholverbot eingehend zu betrachten und zu versuchen, die tatsächlichen Verhältnisse zu erkennen.

Zunächst sei ein Überblick über den Verdegang des finnländischen Alkoholverbotes gegeben. (Ich folge der im Verlag „Auf der Wacht“, Berlin-Dahlem, kürzlich erschienenen Schrift von Uno Stadius: „Fünf Jahre Alkoholverbot in Finnland“.)

Bereits im Jahre 1907 wurde das Verbotsgesetz im finnländischen Landtag angenommen. Die Regierung erklärte jedoch, daß sie das Gesetz nicht befürworten könne und sandte dem Jaren ein ablehnendes Gutachten. Die Bestätigung des Gesetzes wurde daraufhin verjagt.

Im Landtag von 1909 wurde ein neuer Verbotantrag angenommen. Es erfolgte wieder keine Bestätigung.

Der Landtag von 1911 ersuchte in einer Bittschrift um Bestätigung des Gesetzes; sie erfolgte nicht.

Im Landtag von 1914 wiederholte sich derselbe Vorgang.

Da die Verbotsgegner behaupteten, daß die öffentliche Meinung nicht für das Gesetz sei, befragte man die Gemeinden. In der Mehrzahl der Landgemeinden wurde beschlossen, auf Bestätigung des Gesetzes zu dringen. In den Städten sammelte man Unterschriften für das Verbot. 50 bis 97 Proz. aller Einwohner sprachen sich für das Verbot aus. Schließlich wurde die Abstimmung unterjagt.

Nachdem 1917 das Jarenregiment in Rußland gestürzt und Finnland eine selbständige Republik war, erfolgte die Bestätigung des Gesetzes. Es trat am 1. Juni 1919 in Kraft. Zu behaupten — wie es wirklich geschehen ist —, daß Finnlands Alkoholverbot von einer Gruppe von Fanatikern gegen den Willen des Volkes durchgedrückt worden sei, zeugt entweder von unerhörter Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse oder ist eine bewußte Entstellung der Tatsachen.

Die sechs Jahre, die das finnländische Alkoholverbot in Kraft ist, sind gewiß keine ausreichende Zeit, um über gute oder schlechte Wirkungen des Verbotes ein abschließendes Urteil zu fällen, besonders wenn man berücksichtigt, unter welchen politischen Verhältnissen das Verbot in Kraft trat. Die Wirkungen des Krieges und des Aufstiegs im Innern hatten das Land so erschüttert, daß an eine geregelte Durchführung des Gesetzes nicht immer gedacht werden konnte.

Trotzdem sind gewisse günstige Wirkungen des finnländischen Alkoholverbotes nicht zu verkennen. Henry Weatherhall, Vizepräsident der „World Prohibition Federation“ (Welt-Verbot-Bereinigung), der im Juli 1923 Finnland bereiste, veröffentlicht in der Vierteljahresschrift „The International Record, Organ of the World Prohibition Federation“, folgende Zahlen:

Verhaftungen wegen Hausbrennerei	1920	8890	1924	1169
Körperverletzungen	1915	1857	1923	747
Ruhestörung	1915	496	1923	307
Tierquälerei	1915	1061	1923	856
Sterblichkeitsziffer	1919 18,91,	1920 15,9,	1923 18,71	Proz.

Die Untergerichte in den Städten und die Kreisgerichte auf dem Lande lieferten folgende Statistik:

	1913	1914*)	1923
Tätliche Beleidigung	837	506	539
Totschlag	90	89	86
Verbrechen gegen Gesundheit und Eigentum	1314	1057	745
Wißhandlung	1572	1358	921
Grober Unfug und ruhestörender Lärm	3196	2125	1187
Tierquälerei	198	180	90
Haus- und Landfriedensbruch	613	536	240
Beleidigung	811	721	390

Allerdings zeigen die Statistiken über Trunkenheitsvergehen und über Verletzungen gegen das Alkoholverbot recht ungünstige Zahlen und werden deshalb von den Gegnern des Verbotes als besonders wertvolle Waffen ausgenützt. Die Zahl der wegen Verletzungen gegen das Alkoholgezetz verurteilten Personen betrug in den Jahren 1910 bis 1913 im Durchschnitt 1644 Personen, sie stieg 1919 auf 5280, 1920 auf 10361, 1921 auf 11023 und 1922 auf 12802; die Zahl der wegen Trunkenheit Verurteilten betrug 1910 bis 1913 im Durchschnitt 14388, im Jahre 1920 war sie auf 21184 gestiegen, 1921 auf 30731 und 1922 auf 35709. Die schon genannte Broschüre von Uno Stadius bemerkt zu diesen Zahlen:

„Vorwärts man nach den Ursachen der Zunahme, so kommt man zu bemerkenswerten Ergebnissen. Manche Handlungen, die vor dem Gesetz erlaubt waren, sind nach dem neuen Gesetz strafbar. Neue Gesetze lassen neue Vergehen und Verbrechen zustandekommen. Die Statistik des Justizministeriums zeigt, daß das Verbotsgesetz in erster Linie Vergehen zur Folge hat, die in der Beförderung und Lagerhaltung gefälschter Getränke bestehen. Nach dem Gesetz ist es verboten, über 50 Gramm alkoholischer Ware mit mehr als 2 Proz. Methylokohol zu besitzen. Die wegen Trunkenheit Angehaltenen haben oft eine Flasche mit mehr als 50 Gramm bei sich. Sie werden einmal nach dem Strafgesetz wegen Trunkenheit, dann aber auch auf Grund des Verbotsgesetzes wegen des Besitzes von Alkohol bestraft. Die größte Anzahl von Verletzungen macht eben diese Art von Besitz aus, der vor dem Verbot erlaubt war.“

Und an anderer Stelle:  
„Von den vor dem Verbot wegen Trunkenheit Angehaltenen wurden nur ungefähr 25 Proz. angeklagt und verurteilt, während nach den neuen Gesetzesbestimmungen die meisten (in Helsingfors ungefähr 83 Proz.) der Angehaltenen nun angeklagt und verurteilt werden.“

Wegen Trunkenheit wurden 1913 (also vor dem Verbot) nach den Polizeiberichten in allen Städten des Landes zusammen 58330 verhaftet bzw. notiert, aber von diesen wurden nur 15081 verurteilt, mithin 25,6 Proz. hätte man 1913 die wegen Trunken-

\*) Ende 1914 wurde das Kriegszell-Alkoholverbot eingeführt.

## Ein Blick in die spanische Literatur.

Kein anderes Land Europas ist in den letzten vier Jahrtausenden von so vielen und verschiedenen Völkern bewohnt worden wie die iberische Halbinsel. Die Iberier, deren Nachkommen, die Basken, noch heute die Abhänge der Westpyrenäen bewohnen, waren die älteste Bevölkerung, von der wir etwas wissen. Dann kamen die Kelten, ein Zweig der großen arischen Völkerfamilie und vermischten sich mit den Iberiern. Phönizier, Kartbager und Griechen stießen sich an den Küsten nieder. Die Römer eroberten in langwierigen Kämpfen das Land, und die Besiegten nahmen die Sprache und Kultur der Sieger an. Zur Zeit der Völkerwanderung wurde die Halbinsel eine Beute germanischer Stämme: der Sueven, Vandalen und Gothen; die Gothen gründeten ein mächtiges Reich. Ein Streit in der gotischen Königsfamilie war die Veranlassung, daß die Araber, von einer Partei zur Hilfe gerufen, sich zu Herren des Landes machten. So wird es verständlich, daß die spanische Sprache hauptsächlich aus der lateinischen Sprache, vermischt mit germanischen, arabischen und anderen Sprachelementen entstanden ist.

Spanien war unter der Herrschaft des milden und duldsamen Kalifen Abdur Rahman III. (912—960 n. Chr.) das schönste Land Europas. Damals glückte ganz Spanien einem herrlichen Garten, Handel und Gewerbe blühten, an den zahlreichen Universitäten wurde die Wissenschaft eifrig gepflegt und von der großen Kunst der

Mauern zeugen noch heute die Alhambra in Granada und viele zu Kirchen umgewandelte Moscheen. Biel tausend blühende Städte und Dörfer schmückten das Land; das Gebiet des Guadalquivir soll allein 12 000 bewohnte Orte gezählt haben.

Scharen tapferer Gothen hatten sich unter Führung Pelagos ins gebirgige Asturien geflüchtet und gegen die Mauren behauptet. Durch Zuzug beträchtlich vermehrt, begann ein Kampf zwischen Christen und Mohammedanern, der über 700 Jahre währte und mit dem Untergang der maurischen Herrschaft endete.

So manche Könige Spaniens sorgten für das Volkswohl und förderten die Dichtkunst und die bildende Kunst; aber durch die von Ferdinand und Isabella 1478 erneuerte grauenvolle Inquisition, die zahllose Reges dem Schelterhaufen überlieferte, durch die Vertreibung vieler Hunderttausend fleißiger und betriebamer Mauren und Juden, durch die unaufhörlichen Kriege verödete das Land und verarmte die Bevölkerung. Erst in neuerer Zeit haben sich, durch französische, englische und deutsche Aufklärung veranlaßt, die Verhältnisse gebessert.

Mit den Maurenkriegen, die von beiden Seiten mit fanatischer Grausamkeit geführt wurden, beginnt die spanische Literatur. Sie ist durchaus national; es ist die Form der Romane, in der die Dichter jener Zeit die Heldentaten der Christen, besonders des Cid Raimpeador (Einzelfämpfe) besangen. Das älteste Denkmal der spanischen Literatur ist das: Poema del Cid. Es handelt von dem wunderbaren Taten des Nationalhelden, der Eroberung von Valencia,

heit Angehaltenen in gleicher Weise behandelt wie letztes Jahr in Helsingfors (83 Proz.), so wäre 1913 die Zahl der Verurteilten in allen Städten auf 48 836 gestiegen, während sie, wie gesagt, 15 081 erreichte. 1922 war die Summe der in den Städten des Landes wegen Trunkenheit Angeklagten 30 461, sonach nur ungefähr die Hälfte (51,8 Proz.) der 1913 wegen Trunkenheit angehaltenen Personen. . . .

Die Durchführung des Alkoholverbotes ist in Finnland in hohem Grade erschwert durch die Leichtigkeit, mit welcher der Schmuggel, besonders aus Estland und leider zu einem großen Teil auch aus Deutschland, nach der nahen und reichgegliederten finnländischen Küste betrieben werden kann. Welche Mengen auf diesem Wege in das Land gelangen, läßt sich nicht nachweisen und auch die mehr oder weniger großen beschlagnahmten Mengen bieten hierfür keinen Maßstab; denn eine Zunahme der beschlagnahmten Menge kann einestheils sehr wohl gesteigerten Schmuggel bedeuten, anderenteils aber auch größere Latenz bei der Ueberwachung und größere Leistungsfähigkeit der Zollboote durch Erhöhung ihrer Zahl und Seetüchtigkeit.

Bei den Uebertretungen der Verbotsgeetze spielt der Rezeptalkohol eine nicht zu unterschätzende Rolle. So wurden bei einer amtlichen Untersuchung in Lummfors (etwa 48 000 Einwohner)

festgestellt, daß in der Beobachtungszeit vom 1. März bis 10. Mai 1921 von ungefähr 150 verschiedenen Ärzten Alkoholrezepte ausgestellt wurden. Ueber zwei Drittel sämtlicher Rezepte

zwei Ärzten ausgestellt worden, von denen man andere Rezepte nur vereinzelt vorfand. In der genannten Zeit waren von der Apotheke zusammen 30 155 Alkoholrezepte erledigt worden, von denen 15 318 von dem einen und 6670 von einem anderen Arzt ausgestellt waren. Alle übrigen Ärzte hatten zusammen nur 8077 Alkoholrezepte ausgestellt. (Angaben nach der schon genannten Broschüre von Uno Stadius.) Es muß jedoch betont werden, daß es sich dabei um Einzelercheinungen handelt, die keinesfalls verallgemeinert werden dürfen.

Zusammenfassend sei über das finnländische Alkoholverbot die Auffassung des schwedischen Statistikers Hans Gahn wiedergegeben, der an Ort und Stelle eigene Erhebungen anstellte:

„Die sozialen Wirkungen des Alkoholverbotes in Finnland, besonders in der arbeitenden Bevölkerung, werden für die ersten Jahre von allen Seiten als günstig bezeichnet. Am besten ist die Durchführung des Alkoholverbotes auf dem Lande, während die städtische Bevölkerung, die weitaus in der Minderzahl ist, vielfach gegen das Verbot ist!“  
S. Lögöw - Kaulsdorf.

## Für den Arbeiter ist gesorgt bis in das späte Alter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter arbeitet seit Jahrzehnten systematisch darauf hin, daß für die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben eine Alters- und Rentnerversorgung durchgeführt wird. Der Erfolg ist, daß eine erhebliche Anzahl von kommunalen Körperschaften, in erster Linie Gemeinden, dazu übergegangen sind, Versorgungseinrichtungen zu schaffen, die sich im großen ganzen an die Pensionsbestimmungen für die Beamten anlehnen.

Auch in der finsternen Ostmark ist auf diesem Gebiete ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Wenn besonders die Gemeinden auch schon früher und teilweise jetzt auf besonderem Antrag von Fall zu Fall darüber entscheiden, ob eine Rente, ein Zuschuß zur Invalidenrente usw. gewährt werden soll, so ist dieser Zustand auf die Dauer unerträglich, weil die davon Betroffenen so gut wie in der Luft hängen. Nachdem auch das Reich und der Preussische Staat seinen Widerstand gegen die Schaffung dieser Fürsorge aufgegeben haben, ist es Zeit, daß das soziale Gewissen der rückständigen Verwaltungen endlich erwacht.

Für die Kollegen der Chausseebauverwaltung des Kreises Friedeberg (Neumark) reichten wir einen Antrag auf Schaffung einer Ruhegeldhinterbliebenenfürsorge ein. Der Bescheid darauf ist kurz zusammengefaßt folgender:

„Die Schaffung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Chausseearbeiter des Kreises nach dem vorgelegten Entwurf einer Ruhegeldordnung hat der Kreisrat aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen müssen, weil durch die gesetzliche Invaliden- und Altersversicherung bereits für die Chausseearbeiter gesorgt ist. Es hat auch kein Landkreis im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. über die gesetzliche Versicherung hinaus eine Einrichtung der dortselbst gewünschten Art geschaffen.“

seines glänzenden Sieges über den König Jucef von Marokko und vielen anderen Siegen über die Mauren. Die Dichtung erzählt auch von der rohen Behandlung der Töchter des Eid durch ihre Gatten, die Grafen von Carrion. Die Grafen werden bestraft, und die Töchter des Eid heiraten die Infanten von Navarra und Aragon, wodurch der Held in ein verwandtschaftliches Verhältnis zum König tritt. —

Alfons X., der Gelehrte (geb. 1220), König von Leon und Kastilien, ist die merkwürdigste Erscheinung, die das mittelalterliche Spanien aufzuweisen hat. Er trug kurze Zeit die deutsche Kaiserkrone und starb als entthronter König. Alfons war der Schöpfer der spanischen Schriftsprache und verfaßte viele poetische und wissenschaftliche Werke. An seinem Hofe lebten viele christliche, jüdische und arabische Gelehrte, die auf seine Veranlassung umfangreiche poetische, astronomische und andere wissenschaftliche Schriften verfaßten und auch den Koran und den Talmud überließen. —

Aus dem 14. Jahrhundert sind uns zahlreiche Sammlungen von Weisheitsprüchen, Sagen und Märchen erhalten, deren Verfasser der Infant Don Juan Manuel und andere Gelehrte und Dichter waren. Einige Verse aus dem Gedicht: „Das geschriebene Wort“ vom Rabbi Don Santo (Falkenrath): Auf daß du vor Gefahren — Und Schaden sicher seist, — Ruht du die Junge wahren — Und hüten deinen Geist. — Ein Wort kann Siegesglück, — Ein Wort den Tod schon bringen, — Aus einem ein'gen Blick — Kann heiße Lieb' entspringen.“

Von einer Vorlage des Antrages an den Kreisrat muß der Kreisratshaus dabei gleichfalls absehen.

Nachdem im Reichstage 1893 die mangelhafte gesetzliche Alters- und Invalidenversicherung geschaffen worden war, entstand das damals geflügelte Wort, daß für den Arbeiter bis ins späte Lebensalter gesorgt sei. Und mancher Unternehmertum richtete sich gegen „die volle Kompottschüssel“ der Arbeiter.

Wie sorgt nun die gesetzliche Invalidenversicherung für den Arbeiter? Die Monatsrente beträgt im Durchschnitt 24 Mk., das sind 0,80 Mk. pro Tag.

Was kann man davon bezahlen? In erster Linie muß doch eine Wohnung sein. Diese kostet auch auf dem flachen Lande monatlich im Durchschnitt 15 Mk. dazu Grund- und Gebäudesteuer mit durchschnittlich 3 Mk., gleich 18 Mk. im Monat oder 60 Pf. pro Tag. Wer gibt überhaupt einem älteren invaliden Arbeiter auf dem Lande eine Wohnung? Wer dem Grundbesitzer keine Arbeitshilfe ist, besonders in der Ernte, der bekommt keine Wohnung.

Neben der Bohnung kommt die Sorge um die Lebensmittel. Man ist nur zu leicht geneigt zu sagen, dieser alte Arbeiter kann sich einige Morgen Acker selber bewirtschaften, um das, was er braucht, zum Haushalt zu erarbeiten. Wer gibt ihm die Ausrüstung? Dann, wer pflügt ihm den Boden, wer bearbeitet ihn laufend und wer hilft ihm in der Ernte? Hat er keine Kinder mehr im Haushalt oder im Orte, so ist er überhaupt erledigt. Fremde Hilfe kann er nicht bekommen bzw. bezahlen. Also mit der Eigenwirtschaft ist es nicht weit her. Dabei muß der Betreffende verhungern. Dazu kommt die Bekleidung. Von großen Neuanschaffungen wird

Der größte Dichter dieser Zeit war der Erzpriester Juan Ruiz von Hita, der in Gedichten, teils betterlen, teils ernsten Inhalts neben der heiligen Maria auch die Venus besingt. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts herrschten in Spanien verworrene politische Zustände, dagegen sind uns aus dieser Zeit die Namen von mehr als 200 Dichtern überliefert, die jedoch mit geringen Ausnahmen keinen Anspruch auf Unsterblichkeit haben. Die bedeutendsten Dichter dieser Zeit sind: Villena, Agata, Santillana und Menes.

Zur Zeit der Königin Isabella lebten: der durch seine Satteln kannte Hirschneider Anton de Montero, Juan del Encina, der viele Hirtendichtungen verfaßt hat und für das spanische Drama bahnbrechend war und Fernando de Rojas, der Dichter des dramatisierten Romans Celestina.

Die Blütezeit, das goldene Zeitalter der spanischen Literatur und Kunst, fällt in die Zeit der höchsten Machtentfaltung und des tiefsten Verfalls der spanischen Monarchie. Unter Karls V. Weltreich verliert Spanien durch die Unfähigkeit und fanatische Stäubigkeit der Nachfolger des mächtigen Kaisers die Niederlande und alle außereuropäischen Besitzungen. Zu dieser Zeit entfaltete sich in Spanien eine mächtige geistige Bewegung. Wissenschaft, Kunst und alle Dichtungsarten: Lyrik, Epos, Roman und besonders das Drama nahmen einen ungeahnten Aufschwung und feierten die höchsten Triumphe.

Juan Boscan, Garcilaso de la Vega und Mendoza dichteten



man nicht mehr reden können. Aber auch nur Ersatzanschaffungen und Reparaturen der Kleider, Wäsche, Bettwäsche, Stiefel usw. sind unerschwinglich bei den jetzigen Preisen.

Damit sind die dringendsten Ausgaben noch nicht erschöpft. Im Haushalt fehlt noch weiter Brennmaterial. 30 Zentner a 1,30 Mk. nach den jetzigen Preisen sind 39 Mk., dazu 3 Raummeter Holz à 6 bis 10 Mk. mit Anfuhr ergeben auch einen Betrag von rund 20 Mk., so daß für Brennmaterial 60 Mk. wohl im Jahre zu rechnen ist.

Was wird aber nun mit einem Arbeitslosen im vorgerückten Alter, wenn er krank wird? Wer zahlt Arzt, Arznei und sonstige Heil- und Verbandsmittel? Erhält der Betreffende evtl. eine manchmal auch noch so primitive Wohnung und bekommt er einen Zuschuß seitens der Gemeinden von 2 bis 5 Mark monatlich, so ändert es auch nichts an diesem Zustand.

Wie völlig ungenugend die gesetzliche Invalidenversicherung ist, beweist die Höhe der Kosten, die die Städte aufzubringen haben für ihre alten Mitglieder in den Alters- und Siechenhäusern. Der tägliche Unkostenbeitrag beträgt ungefähr 1,40 bis 1,50 Mk. Darin ist enthalten Wohnung, Heizung, Verpflegung, Arzt und Medikamente usw. Der Satz ist deshalb so niedrig, insbesondere für die Verpflegung, weil die erforderlichen Lebensmittel in größten Posten eingekauft werden. Und bei einer Bewirtschaftung im großen nicht nur rationeller, sondern sich auch relativ billiger stellt. Aus der Invalidenversicherung kommt als Rente ein täglicher Satz von 0,80 Mark in Frage. Als Selbstkosten in einem Altersheim pp. ein solcher von annähernd doppelter Höhe.

Hier klafft ein nicht überbrückbarer Spalt. In der Theorie und bei oberflächlicher Betrachtung ist für den Arbeiter im Alter gesorgt. In die Praxis übertragen, ergibt sich die Unmöglichkeit, mit dieser Rente etwas anzufangen. Wer wird unter diesen Umständen behaupten können, daß auch im eiferntesten für den Arbeiter gesorgt sei? Die Invalidenrente könnte im besten Falle nur als ein Zuschuß angesehen werden, um mit der Kleidung nicht ganz zu verkommen, wenn der betreffende Arbeiter irgendwie bei seinen Kindern oder in einem Heim untergebracht wäre. Im ersteren Falle wird praktisch dies meistens nicht durchführbar sein, denn die Kinder haben größtenteils selbst eine zahlreiche Familie und können in den seltensten Fällen die hungrigen Mäuler ihrer eigenen Kinder stopfen. Und im zweiten Falle? Wie ist da die Sache in den Kreisen bzw. einzelnen Landgemeinden? Ein Elendsbild.

Auch der alte Arbeiter, der unter Umständen bis zu 50 Jahren bei den kommunalen Verwaltungen im Dienst stand, hat ein Anrecht darauf, daß für ihn wie für den Beamten in gleicher Weise gesorgt wird.

Bisher war es so und wird es auch immer bleiben. Die Organisation ist der Mittler und Mahner in der Schaffung kultureller Bedürfnisse. Verfeinerung des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls auch einem alten Arbeiter gegenüber ist heute nach dem furchtbaren Elend dieses Weltkrieges mehr denn je am Platze. Oder sollte auch heute noch heute in der Ostmark Recht haben, was er vor bald 100 Jahren in den Zeiten finsterner Reaktion schrieb:

„Wenn du aber gar nichts hast, ach, so lasse dich begraben — denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“

## Unsere Lohnbewegung in Ostpreußen.

Bei den Lohnverhandlungen mit den einzelnen Bezirksarbeiterverbänden spielen die Löhne der Gemeindefarbeiter insofern eine Rolle, als auf sie stets hingewiesen wird im Vergleich mit den Löhnen anderer Gebiete. Den Grund sucht man stets in den billigeren Lebensverhältnissen von Ostpreußen. Dies trifft jedoch nur in beschränktem Umfange zu. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes in Berlin betragen die Lebenshaltungskosten für die fünfköpfige Arbeiterfamilie z. B. in Königsberg 144,09 Mk. im Monat, gegenüber 164,27 Mk. in Lübeck, 158,15 Mk. in Berlin und 149,06 Mk. in Breslau. Stellt sich mithin die Lebenshaltung in Königsberg 9 Proz. billiger als in Berlin, 3 Proz. geringer als in Breslau und 20 Proz. billiger als in Lübeck, so stehen die Löhne demgegenüber um 35, 14,6 und 27 Proz. geringer als in obigen vergleichbaren Städten. Wehnlich ist das Verhältnis gegenüber den anderen Gebieten. Bei Vergleich mit den Städten der Ortsklassen B und C ergibt sich ein noch viel größerer Unterschied. Gibt es doch noch Tarifföhne für Gemeindefarbeiter in der Ortsklasse C von 30 Pf. die Stunde. Mit diesen Sätzen stehen die Gemeindefarbeiter noch unter den berüchtigten Löhnen der ostpreußischen Landarbeiter. Durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die nach den amtlichen Zahlen der Stadt Königsberg vom April bis Oktober 8,7 Proz. ausmachen, glaubten die Gemeindefarbeiter nun

auf ein Entgegenkommen des Arbeitgeberverbandes rechnen zu können. Doch weit gefehlt. Der Antrag auf Lohnerhöhung im August wurde mit dem Antrag auf Lohnabbau seitens des Arbeitgeberverbandes beantwortet. Auch bei stattgefundenen Verhandlungen wurde strikte jegliche Lohnerhöhung abgelehnt. Die nach langem Zögern endlich am 4. November tagende Schiedsstelle fällt dann einen Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 4 bis 5 Proz. vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt, was dann auch von unserer Seite geschah. Der am 26. November tagende Zentralausschuß in Berlin bestätigte dann den Spruch der Schiedsstelle mit der Maßgabe, daß mit der Stadt Königsberg nochmals in direkte Verhandlungen eingetreten werden solle. Bei den dann sofort einsetzenden Verhandlungen lehnte der Arbeitgeberverband wieder jede Lohnerhöhung ab und erklärte sich lediglich bereit, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Sein Hauptargument war dabei, daß er sich darauf berief, der Schlichter werde auf keinen Fall den Spruch für verbindlich erklären, da er sämtliche Anträge auf Verbindlichkeit von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse von Ostpreußen in den letzten Monaten abgelehnt habe. Um unseren Kollegen wenigstens noch vor Weihnachten die Möglichkeit zu geben, etwas zu erhalten, erklärten wir uns schließlich bereit, die Wirtschaftsbeihilfe anzunehmen. Es gelang dann wenigstens,

Sonette nach italienischem Muster. Luis Ponce de Leon, der wegen seiner Uebersetzung des Hohenliedes Salomons fünf Jahre in den Kerker der Inquisition schmachtete, war ein echter Dichter von Gottes Gnaden. Außer zahlreichen eigenen lyrischen Dichtungen hat er Werke des Virgil, Horaz, Pindar und die Psalmen übersetzt. Einige Verse aus seinem Gedicht: „Das Leben eines Weisen“.

(Dorer.)

„Das Leben wird zum Segen — Für alle, die dem Weltgewühl entweichen, — Und auf verborgnen Wegen — Das höchste Glück erreichen, — Den seltenen Weisen sind sie zu vergleichen.“ — „Mich wecke, naht der Morgen, — Der Vogel ungelehrt's süßes Singen — Und nicht die Wucht der Sorgen, — Die jeden stets umschlingen, — Muß ändern er sich selbst zum Opfer bringen.“ — Alonso de Ercilla y Zuniga schuf das vielbewunderte Epos: Araucana, worin er die Kämpfe der Spanier mit den Eingeborenen in Chile verherrlicht.

Das größte Verdienst um die Weltliteratur haben sich jedoch die spanischen Dichter dieser Zeit durch ihre Schöpfungen auf dem Gebiet des Romans und des Dramas erworben. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts erschien der Schelmenroman *Lazarillo*, worin der unbekannt Verfasser das Leben der Enterbten der menschlichen Gesellschaft schildert. Der Roman fand allgemeinen Beifall und es entstanden zahlreiche Nachahmungen.

Eine der schönsten Blüten im Kranze der Weltliteratur ist der humoristische Roman: „Don Quixote“ des Miguel Cer-

vantes de Saavedra. Der Dichter, geboren 1547, wurde in der Schlacht bei Lepanto verwundet und hatte häufig mit der Not des Lebens schwer zu ringen. Die Dichtung richtet sich gegen die abenteuerrischen Ritterromane und liefert zugleich ein getreues Bild der damaligen spanischen Zustände. Dem ideal empfindenden, Irrenden und wahnenden Helden ist sein realistisch veranlagter Knappe Sancho Panza zugesellt, der die Schläge einheimst. Cervantes war außer diesem Roman mehrere Tragödien und andere Dichtungen verfaßt. Einige Verse von Cervantes aus dem Gedicht: „Die Schalkhafte“.

(A. W. Schlegel.)

„Mutter mein, o Mutter — Hüter stellet ihr: Hü! ich mich nicht selber, — Hü! kein Hüter mir.“ — „Sehnet sich ein Herz — Nach verliebtem Glücke, — Geht es wie die Mücke — Nach der Liebesterge. — Hü! ich mich nicht selber, — Wehrt kein Hüter mir!“

Die spanische Nation besitzt einen größeren Reichtum an Lust- und Trauerspielen wie irgendein anderes Volk der Erde; werden doch Lope de Vega allein mehr als 1500 dramatische Dichtungen zugeschrieben. Lope, geboren 1562, zeigte früh poetische Begabung; in seinem 14. Lebensjahre schrieb er die Komödie: „Der getreue Liebhaber.“ Der Dichter hatte ein liebebedürftiges Herz, wurde von den Frauen vergöttert, überschritt aber nie die Grenzen des Erlaubten. In seinen Dichtungen, die nicht nur aus Theaterstücken bestehen, herrscht ein bezaubernder Wohlklang der Sprache. Lope gleicht einer unerschöpflichen Quelle, manche seiner Dramen soll er in 24 Stunden verfaßt haben. In einer seiner Komödien

dieselbe Beihilfe auch gleich für das 1. Quartal 1924 zu erreichen. Es kamen dann Beträge von 17,50 bis 28 Mk. zur Auszahlung, welche Summen am 15. Februar nochmals gegeben werden müssen.

Wenn wir, trotzdem seit dem 1. April keine Lohnerhöhung mehr stattgefunden hat, auch jetzt wieder auf eine solche verzichten mußten, so ist dies auf die reaktionäre Einstellung des Bezirksarbeitgeberverbandes zurückzuführen. Während sonst immer mit den Löhnen der Reichs- und Staatsarbeiter operiert wird, weigert man sich ganz entschieden, diese für Ostpreußen wenigstens zur Grundlage der Gemeindearbeiterlöhne zu nehmen. Stehen doch die Löhne der Gemeindearbeiter in einzelnen Ortsklassen bis zu 12 Pfennig unter denen der Reichs- und Staatsarbeiter. Auch bei einem Vergleich der Löhne der Industrie ergibt sich, daß eine ganze Anzahl Berufe weit über den Löhnen der Gemeindearbeiter stehen, wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß einige Berufe noch unter uns stehen. Diese Berufe haben wohl wiederholt durch die Schlichtungsausschüsse Lohn-erhöhungen genehmigt bekommen, aber der Schlichter hat jedesmal die Verbindlichkeit abgelehnt. Hier sind die Einwirkungen des Dr. S i g l e r nicht umsonst gewesen, und trotz alles Widerstehens durch das Reichsarbeitsministerium folgt der Schlichter den Weisungen der Arbeitgeber.

Auf eine besondere Erscheinung sei hier hingewiesen. In der Nachkriegszeit erlöste allüberall der Ruf: Ueberführung der werbenden städtischen Betriebe in Privatband bzw. Umwandlung nach kaufmännischen Grundsätzen. Natürlich hat dieser Ruf in Ostpreußen besonderen Anklang gefunden. In allen größeren Städten sind die werbenden Betriebe zu Aktiengesellschaften oder G. m. b. H. umgewandelt worden. So auch in Königsberg. Um praktisch die Ueberlegenheit der privatwirtschaftlichen Betriebe gegenüber den rein städtischen Betrieben zu zeigen, wäre hier eigentlich die beste Gelegenheit gewesen. Wurde doch in diesen Betrieben auf Grund eines Schiedsspruches die neun- und zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Es werden die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland gezahlt; dabei stehen die Preise für Gas pro Kubikmeter mit 19 Pfennig, für elektrisches Licht die Kilowattstunde mit 50 Pfennig, Wasser pro Kubikmeter mit 26 Pfennig, und die billigste Straßenbahnfahrt mit 20 Pfennig über dem Durchschnitt in Deutschland. Es wären also alle Voraussetzungen gegeben, glänzende Ueberschüsse zu erzielen.

Was wird aber gegen eine Erhöhung der Löhne von Arbeitgeberseite angeführt? Die Werte arbeiten mit Unterbilanz. Während die werbenden Betriebe moderner Städte mit dem Grundstock der Finanzen bilden, sehen wir hier das Gegenteil. Damit dürfte geradezu glänzend die Behauptung widerlegt sein, daß städtische Betriebe zu schwerfällig arbeiten gegenüber rein kapitalistischen Betrieben. Der Grund der Unterbilanz liegt hier sicher nicht in den hohen Löhnen und der kurzen Arbeitszeit, sondern dürfte jedenfalls ganz woanders zu suchen sein. Es war uns auch möglich, ein anderes Argument des Arbeitgeberverbandes zu widerlegen, das der starken Belastung durch die sozialen Einrichtungen. Wie man es gerade in Ostpreußen verstanden hat, diese herabzubrüden, ergibt sich daraus, daß man gar keine ständigen Arbeiter mehr einstellt, sondern alle Einstellungen, auch für Dauerstellung, erfolgen als vorübergehend. Damit umgeht man die Sozialzulagen und die sozialen Einrichtungen. Sind doch in Königsberg Arbeiter im regulären

Betriebe bis zu zwei Jahren beschäftigt und werden immer noch als unständig geführt. Von 4000 städtischen Arbeitern in Königsberg sind 1200 unständig. Trotzdem behauptete der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, daß die Sozialkosten 23 bis 25 Proz. des Lohnes ausmachen würden. Die Kollegen von Marienburg haben sich ein Jahr lang die Arbeit gemacht, die sämtlichen Löhne, Krankheits- und Feriezulage, und dann hat sich unter Einbeziehung des Urlaubs ergeben, daß die gesamten sozialen Lasten, einbezogen die Frauen- und Kinderzulage, nur 5,8 Proz. vom Lohn ausmachen. Hier werden allerdings auch von 56 Arbeitern 17 als unständig geführt. Zeigt mithin das Gesamtbild von Ostpreußen die misliche Lage unserer Kollegen, so ist doch zu hoffen, daß sie es verstehen werden, bei einigermaßen besserer Wirtschaftslage ihre Macht in der Organisation zu gebrauchen, um auch für Ostpreußen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Dazu blüht natürlich keine noch so radikale Redensart, sondern nur intensives Arbeiten jedes einzelnen im Interesse der Gewerkschaft.

### Arbeit und Tuberkulose.

Ueber die Tuberkulosestatistik des Deutschen Reiches bringt die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Tabelle. Der größte Teil der Bevölkerung hat, zumeist im Kindesalter, eine häufig kaum beachtete Infektion mit Tuberkulosebazillen davongetragen, so heißt es da, „und beherbergt seitdem die Krankheitserreger nun an einer bestimmten Körperstelle. Hierdurch wird ihm eine gewisse Immunität gegen Reinfektionen verliehen, und er erkrankt an Tuberkulose nur dann, wenn seine Widerstandskraft vermindert ist. Die Neuerkrankung wird dann durch die Tuberkulosebazillen verursacht, die er selbst beherbergt, oder die ihn in dem durch Krankheit, Ueberanstrengung, Unterernährung u. dgl. geschwächten Zustande von außen treffen. . . . So wurde das Absterben der Tuberkulösen im Kriege mit der Zunahme der Ernährungschwierigkeiten und der Anspannung aller Volksträfte beschleunigt. Außerdem wurden die Tuberkulösen in immer weiter fortgeschrittenen Krankheitsstadien in die Fabriken und sonstigen Betriebe eingestellt und bildeten dort die Anstedsungsquelle für weitere schon geschwächte Bevölkerungsteile.“ Die Tuberkulosegefahr durch ungenügendes Einatmen und dadurch verursachte Unterernährung besteht auch heute in weiten Kreisen. Aber auch die Fabriken und Bureaukrumme wie alle sonstigen Arbeitsplätze bedeuten auch heute in hohem Maße eine Anstedsungsgefahr für Tuberkulose. Das beweisen uns neue Untersuchungen, die man in Kiel angestellt hat und über die im neuesten Heft der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinabteilung berichtet wird. Ist es zu hoffen, daß nach dieser Statistik rund 12 Proz. der untersuchten Kranken noch bis zu 4 Wochen vor dem Tode gearbeitet haben? Und daß mehr als die Hälfte noch bis 1/2 Jahr vor dem Tode tätig war? Bis zum Tode krank mußten sie arbeiten und waren sie damit eine große Gefahr für ihre Mitwelt, da die Anstedsungsgefahr mit der Nähe des Todes wächst. Hier liegen die größten Gefahren vor, deren Beseitigung dringend erforderlich ist. Derartige Zustände müssen auch denen den Rest geben, deren Gesundheit die Arbeitsbedingungen ohne die Infektion vielleicht noch ertragen hätte. Der Kampf um das Brot ist heute so schwierig, daß jede Gefahr, die auch noch von außen her in das Arbeitsleben einbringt, unbedingt vermieden werden muß.

antwortet die Königin Antonia von Neapel auf die Frage: Was das Allerunmöglichste sei: ein Weib zu hüten.

Von den zahlreichen Dramatikern dieser Zeit sind neben Lope, Tirso de Molina und Calderon de la Barca die bedeutendsten. Von Tirso sind uns 70 Dramen teils ernsten, teils heiteren Inhalts erhalten. An Wohlklang der Sprache übertrifft er sogar Lope und seine Meisterschaft in der Zeichnung erster Charaktere ist unübertrefflich. Sein Drama „Die Klugheit der Frauen“, worin er die glänzenden Fähigkeiten der Königin-Witwe Maria schildert, die für ihren minderjährigen Sohn die Regentschaft führt, ist eine wahre Perle der spanischen Literatur.

Calderons Dramen erfreuen sich nicht nur in Spanien, sondern auch im Auslande der höchsten Wertschätzung. Seine Dichtungen sind durchaus national und spiegeln den Stolz und die Grandezza des vornehmen Spaniers getreu wieder. Daraus zeugt sein Drama: „Der Arzt seiner Ehre“; im „Richter von Zalamea“ bewundern wir die reiche Phantasie und die philosophische Tiefe des Dichters. Alle drei Dramatiker waren gläubige Christen; daraus wird es erklärlich, daß sie die Stoffe für ihre Schöpfungen vielfach aus der Bibel und den Heiligenlegenden entlehnten.

Die Wissenschaften, besonders die Geschichtsforschung und Ideologie, wurden in dieser Zeit auch eifrig gepflegt. Die Naturwissenschaften konnten sich freilich unter dem Druck der Kirche und Inquisition nicht frei entfalten.

Auf die Blütezeit der spanischen Literatur folgte ein tiefer

und langer Verfall, der bis zum Beginn des vorigen Jahrhunderts währte. Durch die große französische Revolution fand die Aufklärung auch in Spanien Eingang, und die Dichtkunst konnte sich, trotz der häufigen Bürgerkriege, wieder frei entfalten. Die schöne und wissenschaftliche Literatur der Neuzeit weist sowohl in Spanien wie in allen anderen Kulturländern zahllose Namen von Dichtern und Gelehrten auf; ich muß mich auf die Anführung nur weniger Dichter beschränken. Der Einfluß der französischen Dichtkunst auf Jose Quintana und andere Dichter dieser Zeit ist unverkennbar. Quintana rief mit seinen Oden an das freie Spanien ungemessene Begeisterung hervor. Die romantische Dichtung fand im 19. Jahrhundert auch in Spanien eine glänzende Aufnahme; ihr bedeutendster Vertreter war Angel Saavedra. Die gefeiertsten Dichter dieser Zeit waren Jose de Zorrilla und Eugenio Hartzenbusch, die mit ihren lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen die spanische Literatur bereicherten haben.

Schließen wir mit einigen Versen des vielseitigen Dichters Martinez de la Rosa: „Kauft den Amor.“ (Dorer.): „Kommt, ihr Mädchen, ich verkaufe — Einen Amor, hübsch und fein! — Seht ihn hier in meinen Händen, — Faßt ihn bei den Flügelchen.“ „Ist er heiter? Gleich dem Frühling. — Ist er hurtig? Wie das Licht. — Treu auch? Treu? Ja, wie ihr selber! — D, dann kaufen wir ihn nicht.“

## Unsere siebente Internationale Konferenz.

II. (Schluß.)

Der dritte und letzte Tag der 7. Internationalen Konferenz der I.F.D.A. wurde eingeleitet mit einer Begrüßungsrede des Bürgermeisters Berndt namens des Bezirksamts Berlin-Schöneberg. Er betonte darin, daß es dem Bezirksamt eine angenehme Nachricht und die Ehre gewesen sei, den Magistratsitzungsraum für die Internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe zur Verfügung zu stellen. Freilich werde jede deutsche Stadt diese Vereinigung herzlich willkommen heißen; denn sie wolle ja nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen, sondern auch Mittel und Vertrauensperson sein zwischen den Arbeitern öffentlicher Betriebe und deren Verwaltungen. Wie er aus der Prags wisse, sei die deutsche Organisation im besonderen dieser Aufgabe stets gerecht geworden. Sie habe nicht nur zur Beseitigung von Differenzen beigetragen, sondern auch ihr möglichstes getan, um in den öffentlichen Betrieben einen Hochstand an Leistungsfähigkeit und Gediegenheit der Arbeit erreichen zu helfen. Dafür wird jeder verantwortungsbewußte Vertreter einer deutschen Stadtverwaltung ihnen Dank sagen müssen; denn es ist Aufgabe der Behörden, ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und Stadtverwaltungen zu fördern. Für ihn werde solche Verpflichtung stets Herzenssache sein. In Schöneberg ist jederzeit ohne Rücksicht auf die jeweilige politische Zusammenfassung ein guter Boden für das Zusammenarbeiten gewesen. Möge den Beratungen ein voller Erfolg beschieden sein.

Der Vorsitzende Levenan dankt im Namen des Kongresses für die freundlichen Worte.

Alsdann wird in die Erörterung über die neue Statutenvorlage der I.F.D.A. eingetreten. Der Vorstand hat eine besondere Vorlage unterbreitet. Wir geben nachstehend die wichtigsten Bestimmungen wieder, wie sie aus den Erörterungen und Beschlüssen der I.F.D.A. hervorgehen.

Der Vorstand besteht in Zukunft aus je einem Vertreter jedes angeschlossenen Landes. Länder mit mehr als 100 000 Mitgliedern können zwei Vertreter entsenden. Die Sitzungen dieses Vorstandes sollen mindestens einmal im Jahre stattfinden. Aus den Reihen des Vorstandes wird ein geschäftsführender Ausschuss von fünf Personen gewählt, dem auch der internationale Sekretär angehört, der bereits durch die Konferenz gewählt wurde. Die Wahl fiel wieder einstimmig auf den bisherigen Sekretär van Hinte-Holland.

Die Beiträge wurden auf 5 Gents holl. Währung (8 Pf.) erhöht. Im Artikel 18 wird festgelegt, daß die Stimmenabgabe im allgemeinen nach der Anzahl der Delegierten erfolgt, auf die die einzelnen Länder Anspruch haben. Auf Antrag von vier Ländern mit zusammen mindestens 50 000 Mitgliedern muß nach der Mitgliederzahl abgestimmt werden.

Der bisherige erste Vorsitzende des holländischen Verbandes, van Hinte,

soll auch weiterhin ehrenamtlich als internationaler Sekretär fungieren. Es wurde hierzu noch beschlossen, daß die Frage eines angestellten Sekretärs noch nicht auf diesem Kongress entschieden werden soll, da sie noch nicht spruchreif sei. Der Kongress empfiehlt dem neu gewählten Vorstand der I.F.D.A. die eingehendsten Beratungen über diese Frage und ersucht, dem nächsten Kongress darüber zu berichten.

Die Delegationskosten für den geschäftsführenden Ausschuss und Vorstand trägt die Kasse der Federation, während die Delegationskosten für die internationalen Kongresse die einzelnen Länder zu tragen haben. Bei den Abstimmungen in den Vorstandssitzungen hat jedes Mitglied eine Stimme. Diese Sitzungen finden einmal jährlich statt. Auf Antrag von mindestens vier Ländern oder wenn der geschäftsführende Ausschuss es für notwendig erachtet, muß eine außerordentliche Vorstandssitzung einberufen werden. Sitz der Internationale bleibt Amsterdam.

Der genaue Name lautet in Zukunft: „Internationale Federation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe“.

Hierauf gibt Müntner-Deutschland einen ausführlichen Bericht über seine Amerikareise unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Staats- und Gemeindebetrieben.

Alsdann nimmt der Vorsitzende Levenan das Wort. Er betont dabei, daß trotz der Uebersetzungsschwierigkeiten ein stotter Verlauf der Konferenz gewährleistet worden sei durch die eifrigen Bemühungen und durch das Einvernehmen aller Delegierten in den Debatten. Er hofft, daß die Arbeiten des Kongresses in allen Ländern entsprechend gewürdigt und daß die neu geschaffenen Statuten eine gute Unterlage für die internationale Arbeit der Zukunft bilden werden.

Müntner-Deutschland (Schlußwort) betont u. a., daß die Deutschen in den letzten Jahren wiederholt die Freundschaft des Auslandes in ausgiebigem Maße in Anspruch genommen haben. Es sei eine Freude und Genußtaugung für uns, diesmal die Ausländer als Gast bei uns zu haben. Freilich müsse eine internationale Konferenz vom Geist des Kompromisses der verschiedenen Strömungen erfüllt sein. Im Prinzip und in den Hauptlinien gleichen wir uns, wenn auch Jaurès darin recht hatte, daß die Eigenartigkeiten der Länder nicht nur berechtigt, sondern auch begründet sind. Eine Anzahl neuer Länder haben sich der Internationale angegliedert. In diesem Sinne mögen wir weiter arbeiten und versuchen, auch die anderen Nationen zu verstehen. Der Kongress kann als Vorbildlich für den kameradschaftlichen und brüderlichen Sinn aller Teilnehmer angesehen werden. Möge er auch darin richtung- und zielweisend für alle späteren Kongresse sein.

Mit dem Gesang der Internationale, gleichzeitig in acht Sprachen, endet die gut und eindrucksvoll verlaufene Tagung. E. D.

## Auf dem Rückzuge vom Streikrecht.

Das Urteil des Gewerbegerichts Potsdam G. St. 105/25 vom 13. Oktober 1925, das in Nr. 47 der „Gewerkschaft“ auf Spalte 981 abgedruckt und auf Spalte 961 kritisch gewürdigt ist, hat ein merkwürdiges Nachspiel erlebt. In demselben Streitfalle haben andere Mitglieder des Verbandes die gleiche Lohnlage gegen die Stadt Potsdam wegen unberechtigter fristloser Entlassung vor dem gleichen Gewerbegericht erhoben. Aber während die ersten Kläger recht bekommen haben, sind die zweiten durch Urteil vom 17. November 1925 Aktenzeichen G. St. 182/25 abgewiesen worden. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts war in beiden Fällen der gleiche. Es ist nicht anzunehmen, daß er binnen einem Monat seine Ansicht geändert hat. Eher ist zu vermuten, daß die Befürzer den Widerspruch der Entscheidungen verursacht haben. Und es mag dem Vorsitzenden wenig angenehm gewesen sein, im November das Gegenteil von dem begründen zu müssen, was er im Oktober für Recht erkannt hat.

Wir haben in Nr. 47 die Begründung des ersten Urteils wiedergegeben und im wesentlichen als richtig anerkannt, vor allem den Rat gelobt, einen noch nicht im Gesetz ausgesprochenen, aber aus dem Geist des neuen Rechts und aus den tatsächlichen Verhältnissen des Wirtschaftslebens erwachsenen Rechtsgebanten erkannt und zur Anwendung gebracht zu haben. Wenn wir im folgenden die Gründe würdigen, mit denen das gleiche Gericht jetzt das Gegenteil erweisen will, so möchte ich vorausschicken, daß ich seit langem keine derartig kümmerliche Begründung gelesen habe. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das erste Urteil richtig war, so liegt er in der fraglich schlechten Begründung des zweiten Urteils.

Dieses gibt den Tatbestand wörtlich nach dem ersten Urteil wieder. Auch die Begründung wiederholt wörtlich die erste Hälfte der Begründung vom 13. Oktober. Wo diese aber im Streite der

Meinungen sich für den neuen Kollektivgedanken entschied und (wenn auch mit unzureichenden Ausführungen) den Vorrang der Gemeinschaft vor dem einzelnen, die soziale Gebundenheit der Arbeiter als von der Reichsverfassung gewollt darlegte, wendet sich das Urteil vom 17. November plötzlich auf die Gegenseite. Daß die Teilnahme an einem ordnungsmäßigen, von der Gewerkschaft nach vergeblichen Verhandlungen geführten, von der Gegenseite prozontierten Streike nicht die Verweigerung der Arbeit entschuldigt, sondern den Arbeitgeber zu fristloser Entlassung berechtigt, begründet das Gewerbegericht nicht mit Rechtsgründen, sondern mit „wirtschaftlichen Gründen“, die angeblich „gegen die Zulassung des Streikrechts sprechen“ und die „mit Rücksicht darauf, daß die gesetzliche Regelung die Frage offen läßt, von Einfluß auf die Entscheidung sein müssen“. Solche wirtschaftlichen Gründe werden zwei angeführt, ein allgemeiner und ein besonderer. Beide sind in höchstem Maße erstaunlich:

1. „Den Arbeitnehmern sind durch die Gesetzgebung bereits weitgehende Rechte zur Wahrung ihrer Interessen eingeräumt worden, insbesondere durch das Betriebsrätegesetz. Andererseits haben die vielen Streiks der letzten Jahre eine verderbliche Wirkung gezeigt.“ Diese verderbliche Wirkung wird des näheren dargelegt. „Aber gerade ein Volk, das wie das unsere einen großen Teil seines Volksvermögens verloren hat, muß auf das Aufblühen seines Handels und seiner Industrie Wert legen, andererseits haben die Arbeitnehmer genügend Mittel, auch ohne Streiks befriedigende Arbeitsbedingungen zu erzielen.“

Man schaut unwillkürlich nach dem Datum, um sich zu überzeugen, daß diese Sätze tatsächlich im Jahre 1925 geschrieben worden sind, und wundert sich fast, daß das Gericht nicht weitere Folgerungen aus seiner „grundsätzlichen Stellungnahme“ gezogen hat. Denn

wenn Streiks derart überflüssig und verderblich sind, wie hier geschildert, dann müssen sie als frivol, als Verstoß gegen die gute Sitte erscheinen. Wenn der Magistrat von Potsdam die Zeichen versteht, wird er gegen die Streikenden und gegen die Gewerkschaft Schadenersatzklage wegen unerlaubter Handlung erheben. (BGB. § 826, § 831.)

Nun ist die zugrunde liegende Anschauung, daß ein Streikrecht, wie es von mir vertreten wird und vom Landgericht Frankfurt a. M. anerkannt ist, den Streit erleichtern, fördern, vermehren soll. Zweck ist natürlich das Gegenteil; es sollen die Friedensmittel gestärkt, das Gewicht des im amtlichen Schlichtungsverfahren ergehenden Spruches verstärkt werden. Zugleich soll der Einfluß der Gewerkschaften auf ihre Mitglieder gestärkt und den jetzt immer wieder gegen den Willen der Gewerkschaften ausbrechenden „wilden“ Streiks eine Hemmung bereitet werden.

Aber noch tödlicher ist der Sondergrund: „Gang besonders gilt dies von einem Streik wie dem vorliegenden, in dem es sich hauptsächlich um die neunte Arbeitsstunde handelt. Drang diese durch, so war dies ein unbedingter Vorteil für die Arbeiter, denn sie hatten Gelegenheit, ein Achtel ihres Verdienstes mehr zu verdienen. Der Streik ging gar nicht so sehr um wirtschaftliche Vorteile, sondern hauptsächlich um die überlebte Doktrin des Achtstundentages.“

Also der Achtstundentag eine „überlebte Doktrin“, ein schwerer Schaden für die Arbeitnehmer, in dessen Vorteil ein möglichst langer Arbeitstag liegt, weil er da am meisten verdienen kann. Wenn ein Tarifvertrag den Neunstundentag vorsieht, so darf danach kein Arbeitgeber mit seiner Belegschaft den Achtstundentag vereinbaren, weil das eine Abdingung der Tarifnorm zum Nachteile der Arbeiter wäre! Wenn umgekehrt ein Tarifvertrag den freien Sonnabendnachmittag vorschreibt, so kann der Arbeitgeber trotzdem seine Arbeiter zur Arbeit am freien Nachmittage zwingen, weil das ja nur zum Vorteil für die Arbeiter ist! Vielleicht haben wir die Arbeitszeitgesetze bisher alle mißverstanden und sie wollen nicht einen Höchstarbeitstag, sondern einen Mindestarbeitstag vorschreiben und im Interesse der Arbeiter verbieten, daß die Arbeitszeit unter acht Stunden täglich heruntergeht!

Muß man ernsthaft solchen Unsinn widerlegen? — Die frühere Rechtsprechung hat jeden Streik als Grund zur fruchtlosen Entlassung angesehen, weil sie den Streik überhaupt nicht gesehen hat. Sie sah nur einzelne Arbeiter, die ihren persönlichen Vertragspflichten zuwiderhandelten und damit den Tatbestand des § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung erfüllten („Beharrliche Verweigerung der Arbeit“). Daß die Verweigerung in einem sozialen Verhalten, in der Erfüllung einer Verbandspflicht ihren Grund hat, wurde einfach nicht beachtet. Dieses Uebersehen des Streiks als eine einheitliche Massenhandlung ist künftig nicht mehr möglich. Das Gewerbegericht Potsdam war im Oktober auf dem Wege zur Anerkennung der vorhandenen sozialen Tatsachen. Die unzulängliche Begründung der Umkehr im November zeigt am besten, daß der frühere Weg der richtige war. Heinz Potthoff.

### Unser Mitgliederstand am 1. Dezember 1925

Erfreulicherweise übte bisher die schwere Wirtschaftskrise auf unseren Mitgliederstand keinen nachteiligen Einfluß aus. Wir können sogar gegenüber dem Vormonat einen kleinen Zuwachs an Mitgliedern buchen, er beträgt insgesamt 142. Die Gesamtzahl der männlichen Mitglieder beträgt 170 735 gegen 170 694 im Vormonat, mithin eine Zunahme von 41 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 29 961 gegen 29 860 im Vormonat, somit eine Zunahme von 101 Mitgliedern. Damit ist die Gesamtzahl der Mitglieder von 200 554 im Vormonat auf 200 696 gestiegen. Die Zahl der Filialen beträgt 867, von denen 258 Filialen = 29,7 Proz. mit 24 083 Mitgliedern nicht berichtet haben. Das Einfinden der monatlichen Berichtskarte ist gerade in der gegenwärtigen Zeit von größter Wichtigkeit. Wie nicht anders zu erwarten, ist bedauerlicherweise die Zahl der Arbeitslosen gestiegen, und zwar von 1606 im Vormonat auf 2767 in diesem Monat. Die Steigerung der Arbeitslosenziffer beträgt 72,3 Proz. In noch stärkerem Grade ist die Ziffer der Kurzarbeiter gestiegen. Von 277 im Vormonat auf 862 in diesem Monat. Die absolute Zunahme der Kurzarbeiter gegen den Vormonat beträgt 585. Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammen ergeben 3629 Mitglieder. In der kalten Winterzeit, vor dem Weihnachtsest ist das für diese Kollegen doppelt beklagenswert. Soweit es der Organisation möglich ist, den beklagenswerten Opfern dieser durch die private Kapitalwirtschaft hervorgerufenen Wirtschaftskrise zu helfen, soll es in weitgehendem Maße geschehen.

Wirtschaftsbezirke bzw. Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder am 1. Nov.	Mitgliederstand am 1. Dezember 1925			K.-Zunahme 3 = Zunahme
		männlich	weibl.	zusammen	
<b>1. Nordwest</b>					
a) Hamburg . . . . .	20 646	17 065	3 647	20 712	3 66
b) Bremen . . . . .	5 721	5 384	333	5 717	4
c) Kiel . . . . .	3 285	2 839	453	3 292	7
d) Lübeck . . . . .	3 978	3 121	869	3 987	9
<b>2. Westfalen</b> . . . . .	30 030	28 409	5 299	33 708	3 78
3. Rheinland . . . . .	12 129	10 419	1 344	11 763	4 366
4. Rhein-Main . . . . .	10 322	9 400	481	10 281	4 1
5. Rheinpfalz	18 282	18 684	2 964	16 448	3 180
6. Saarland . . . . .	8 189	2 096	814	3 810	3 171
<b>6. Baden</b>					
a) Karlsruhe . . . . .	7 211	6 616	621	7 287	3 26
b) Eingen . . . . .	965	708	225	931	3 82
7. Württemberg . . . . .	8 176	7 324	540	8 110	3 6
8. Bayern	5 113	4 774	800	5 074	3 89
a) Augsburg . . . . .	2 164	1 974	248	2 222	3 58
b) München . . . . .	6 978	5 809	1 247	7 056	3 78
c) Nürnberg . . . . .	5 639	5 149	426	5 575	3 84
9. Thüringen . . . . .	14 801	12 932	1 921	14 853	3 52
10. Sachsen	5 141	4 898	782	5 180	3 11
a) Dresden . . . . .	9 928	8 018	1 920	9 938	3 10
b) Leipzig . . . . .	6 220	4 512	1 746	6 258	3 38
c) Zwickau . . . . .	6 523	5 499	985	6 484	3 89
<b>11. Mitteldeutschland</b>	22 671	18 029	4 651	22 680	3 9
a) Magdeburg . . . . .	6 887	5 707	1 266	7 003	3 116
b) Halberstadt . . . . .	3 431	3 067	409	3 408	3 85
12. Hannover . . . . .	10 318	8 704	1 705	10 469	3 151
13. Schlesien . . . . .	6 156	5 670	630	6 200	3 44
14. Brandenburg	9 698	8 140	1 512	9 652	3 46
a) Potsdam . . . . .	4 144	3 528	610	4 138	3 6
b) Frankfurt a. O. . . . .	1 477	1 343	163	1 506	3 29
15. Ostpreußen	5 621	4 841	773	5 644	3 23
16. Groß-Berlin . . . . .	24 186	19 295	4 891	24 186	—
16. Pomern					
a) Stettin . . . . .	3 526	3 043	479	3 522	3 4
b) Kolberg . . . . .	1 397	1 197	202	1 399	3 2
17. Ostpreußen . . . . .	4 923	4 240	681	4 921	3 2
Einzelmitglieder . . . . .	8 208	7 103	987	8 140	3 68
	47	27	80	57	3 10
	200 554	170 735	29 961	200 696	3 142

### ◆ Angestellte, Rechts- und Staatsarbeiter ◆

Der Hauptbetriebsrat im Bereich des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wählte in der erstmaligen konstituierenden Sitzung die Kollegen Hermann Fischer, Berlin, zum Vorsitzenden, Staats, Kiel, zum 2. Vorsitzenden und die Kollegen Rohle, Berlin, und Böllcher, Halle, zu Schriftführern. — Bei der persönlichen Vorstellung des Hauptbetriebsrats beim Minister Becker und Staatssekretär Lammers wies Kollege Scharla besonders auf die Schwierigkeiten hin, die das Zustandekommen des Hauptbetriebsrates solange verzögert hatten, und sprach die Hoffnung aus, daß auch diejenigen Kreise im Ministerium, welche bisher bei Schaffung des Hauptbetriebsrates eine ablehnende Haltung eingenommen haben, durch die gemeinsame Arbeit mit den Arbeitnehmern aus der Praxis heraus bald davon überzeugt sein würden, daß diese nunmehr geschaffene Einrichtung aus dem Betriebsratgesetz heraus eine zwingende Notwendigkeit sei, sowohl im Interesse der Arbeiterschaft als auch im Interesse des Ministeriums. Der Minister erklärte, daß auch ihn die Mitarbeit aus der Praxis heraus mit dazu bestimmt hätte, sich für die Schaffung des Hauptbetriebsrates einzusetzen. Er wünschte den Kollegen guten Erfolg bei ihrer zukünftigen Arbeit. Nach Beratung der Geschäftsordnung, die in den amtlichen Nachrichten des Ministeriums veröffentlicht wird, wurde in der anschließenden Tagesordnung zunächst die Durchführung des Tarifvertrages für das Personal der Universitätsinstitute und Kliniken behandelt. An der Hand einer ganzen Reihe von Beispielen wurde dem Generalsekretär klargestellt, in welcher standalöser Weise die nachgeordneten Dienststellen den Tarifvertrag sabotieren und das Ministerium selbst durch seinen Amtsschimmel dazu beiträgt, daß manchesmal Jahr und Tag vergeht, ehe diesen

Uebelständen abgeholfen wird. Die Einreichungen in den Lohnarif, Zuschläge nach § 11 des Manteltariffs, die Durchführung der Arbeitszeit und Befehung der Pflegerinnen- und Pflegerstellen durch Lehrschwwestern waren gleichfalls Gegenstand scharfer Kritik. Unsere Kollegin Friedrich-Schulz erbrachte Beispiele aus Göttingen, wo das Personal über 60 Stunden teilweise arbeitet, ohne eine Ueberstundenbezahlung zu erhalten. Bei der Festsetzung von Mieten für Wertwohnungen werden die Vorschriften des Finanzministeriums und die Bestimmungen des Manteltariffs in vielen Dienststellen überhaupt nicht beachtet. Der Vertreter des Ministeriums versprach, Abhilfe zu schaffen. Es sei schwierig, in dem ausgedehnten Verwaltungsapparat des Ministeriums alles mit einem Schläge zu beseitigen. Er hoffe aber, durch gemeinsame sachliche Arbeit mit dem Hauptbetriebsrat die bestehenden Mängel zu allgemeiner Zufriedenheit zu beseitigen. Aus der Fülle der Tagesordnung wollen wir noch besonders auf die Anerkennung der Unfallversicherungspflicht für die Beschäftigten im Ministerium hinweisen. Das Ministerium wurde ersucht, seinen ganzen Einfluß beim Gesetzgeber geltend zu machen, damit die gesamte Arbeiterschaft einschließlich des Pflegeberufes der Unfallversicherung unterstellt wird. Für die Reise- und Tagesdiäten für die Mitglieder des Hauptbetriebsrates soll der § 36 des B.R.G. Geltung haben. Ein Vorschlag des Ministeriums, die Reisekosten für Beamte in Anrechnung zu bringen, wurde vom Hauptbetriebsrat abgelehnt, da bei einer derartigen Regelung zweierlei Maße für die Kollegen bei gleicher Tätigkeit und gleichen Unkosten in Frage kommen würden. Das Ministerium stimmte dem Antrage der Kollegen zu. Schon aus dem wenigen hier Angeführten geht hervor, welche Fülle von Arbeit in diesem Ministerium für den Hauptbetriebsrat zu leisten ist, um auch hier schrittweise praktische Arbeit im Interesse der Arbeitnehmer zu vollbringen.

• Aus anderer Bewegung •

**Eberfeld-Barmen.** Am 1. Dezember starb unser Kollege **Christof Jakat-Eberfeld** nach dreitägiger Krankheit an den Folgen einer Blinddarmpoperation. Jakat war am 14. März 1886 geboren und 28 Jahre als Maschinist im Gaswerk Eberfeld beschäftigt. Er war seit dem 30. Januar 1904 ununterbrochen Mitglied bei uns und seinerzeit Mitgründer der Filiale Eberfeld unseres Verbandes. Bis Anfang des Jahres 1920 war er für diese Filiale ehrenamtlich als Kassierer tätig und hat dieses Amt immer treu und gewissenhaft verwaltet. Er war kein beredter Agitator, hat aber in einer stillen Art, die ihm eigen war, stets im Interesse unseres Verbandes gewirkt.

**Stolz.** (Die Gemeindegewerkschaften fordern ihr Tarifrecht.) Die für Dienstag, den 8. Dezember, erbetene Antwort wurde vom Magistrat im beantragten Sinne gegeben, denn für Dienstag nachmittags waren Verhandlungen im Rathaus anberaumt worden. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Sie hatten folgendes Ergebnis:

Anerkennung der Reichsmanteltarifverträge für Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner, des Bezirksmanteltarifvertrages und der bisherigen örtlichen Vereinbarungen (Erhöhung von Arbeitsanzügen, Schmutz- und sonstigen Anlagen). Erhöhung der Grundbühnenlöhne für Gelehrte um 7 Pf., für An- und Ungelernte um 5 Pf., und für Arbeiterinnen um 3 Pf. Hiernach betragen die Löhne für Gelehrte 62 Pf., Angelernte 53 Pf., für Ungelernte 50 Pf. und für Arbeiterinnen 36 Pf. die Stunde. Frauen- und Kinderzulagen je 2 Pf. die Stunde. Dienstalterszulagen nach staatlichen Grundätzen und anßerdem Funktionszulagen bis 15 Proz. Der Tarifvertrag soll am 1. Januar 1926 in Kraft treten. Die Lohnifferenz wird mit Wirkung vom 1. November d. J. nachgezahlt, und zwar noch in diesem Jahre. Wirtschaftsschulhilfen und Erhöhung der Gehälter der Beamten wirken sich automatisch proportional auf die Löhne aus. Nach Zustimmung der örtlichen Körperschaften und unseres Verbandes soll der Tarifabschluß erfolgen.

Zunächst nahmen die Funktionäre des Verbandes eingehend Stellung zum Verhandlungsergebnis. Es wurde einstimmig beschlossen, der Vollversammlung die Zustimmung zu empfehlen. Anschließend fand die Vollversammlung statt. Bis auf die unabkömmlichen Schichtarbeiter waren wohl alle Betriebe reiflos anwesend. Nach einem eingehenden Bericht der Verhandlungskommission und einer kurzen zustimmenden Aussprache erfolgte unter stürmischen Beifall die einstimmige Annahme des Verhandlungsergebnisses. Nach einem kurzen, jedoch fernigen Aufruf in Kampfbereitschaft bis zum endgültigen Tarifabschluß zu bleiben, wurde die stimmungsvolle und planzend verlaufene Versammlung mit einem drausenden Hoch auf den Verband geschlossen. Nun liegt es an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, zu zeigen, das, was von ihren Vertretern und besonders dem Herrn ersten Bürgermeister in der Verhandlung wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, in die Tat umzusetzen. Die Gemeindegewerkschaften wollen kein Wohlwollen, sondern sie fordern ihr Tarifrecht. Einmütig haben sich die Kollegen gelobt, nicht eher zu ruhen, bis sie dieses Ziel erreicht haben.

**Stendal.** In der Mitgliederversammlung am 18. Dezember sprach **Gauleiter Uhlde** über die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft und Politik. Da die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zustände unseren Idealen noch nicht entsprechen, so müssen wir alles daran setzen, daß wir ihnen näher kommen. Die Gewerkschaften haben sich wieder gefestigt. In ernster und jäher Arbeit werden sie weiter versuchen, ihre großen Aufgaben durchzuführen. Die Gewerkschaftler müssen den republikanisch-demokratischen Staatsgedanken vertreten und pflegen. Wir können unsere Aufgaben nur erfüllen, wenn wir alle Kräfte zusammenfassen, sie in der mutbringendsten Form verwerten und auf ein Ziel lenken. Kein Mittel darf unversucht bleiben, das die Möglichkeit der Abklärung unseres Weges verspricht. Verlassen wir darum den Irrweg der unfruchtbarsten Arbeit an der Mission, welche uns heute durch die Geschichte in Deutschland gestellt ist! Es muß nun Aufgabe sämtlicher Kollegen und besonders der Funktionäre sein, die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbandszugezuführen. Kollege **Waltner** ging noch auf die Wirtschaftskrise ein. Unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben die Arbeiter am schwersten zu leiden. Tausende sind in den letzten Wochen, gerade vor Weihnachten, zur Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verurteilt worden. Mangelnot ist in zahlreichen Familien eingetreten, das Bedrückende der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Ausichtslosigkeit lastet auf den von der Wirtschaftskrise Betroffenen. Den Scharfmachern im Unternehmerlager genügt aber noch nicht, daß unter den tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Arbeiterschaft am stärksten zu leiden hat, vielen von den so „vaterländischen Arbeitgebern“ sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten willkommenen Gelegenheit, den Lohn der Arbeiter zu drücken, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und durch Betriebsstillegungen politisch und gewerkschaftlich mißliebige, das heißt aufrechte Arbeiter zu mahregeln und für dauernd auf die Straße zu werfen. Kollegen! Laßt euch mehr in den Versammlungen sehen.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

In der außerordentlichen Generalversammlung der **Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin**, die am 28. November 1925 unter der Leitung des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Theodor Leipart**, stattfand, wurde der Beschluß gefaßt, das Kapital der Bank von 750 000 Mark auf 4 000 000 Mark zu erhöhen. Der weitest große Teil des erforderlichen Neukapitals war bereits von den bisherigen Aktionären sowie der Konzentration A.-G., Berlin, und des Hauptverbandes deutscher Krankentassen e. V., Charlottenburg, vor Beginn der Sitzung gezeichnet. Eine Reihe von Verbänden hatte sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten, so daß es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß die volle Summe in Kürze übernommen sein wird. Aus dem Bericht der Verwaltung ist festzustellen, daß unser Bankinstitut im Jahre 1925 eine erfreuliche Entwicklung genommen hat. Gegenüber dem Ende des Vorjahres ist fast eine Verdreifachung der Einlagen zu verzeichnen. Der Geschäftsumfang als solcher hat außerordentlich zugenommen und auch die Gewinne der Bank sind, soweit man heute bereits darüber urteilen kann, als zufriedenstellend zu bezeichnen. Mit lebhafter Benützung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die in Hamburg Anfang September 1925 eingerichtete Filiale sich den gehegten Erwartungen entsprechend bisher entwickelt hat und auch der Stand ihrer Depositionen für die Zukunft Erfolg verspricht. Die Verwaltung sprach ihren besonderen Dank den Ortsausschüssen des ADGB in München, Frankfurt a. M. und Liegnitz aus für die verständnisvolle Mitarbeit an dem Ausbau der Bank, die sie durch die Einrichtung eines örtlichen Zahlverkehrs übernommen haben. Der neu ausgenommene Sparverkehr ist noch in der Entwicklung begriffen, indes scheint sich auch hier bereits bei der Wehrzahl der Ortsausschüsse sowie der Ortsverwaltungen die Bereitschaft zur tatkräftigen Unterstützung der Bank zu zeigen, wie mit Dank von der Verwaltung anerkannt wurde. Im Anschluß an die durch Kapitalerhöhung notwendigen Verhandlungen und Beschlüsse berichtete **Weyer** über die Eindrücke, die er gelegentlich seiner Reise nach Amerika mit der Gewerkschaftsdelegation gewonnen hat. Als stärkster Eindruck läßt sich danach feststellen, daß zwar die Amerikaner in technischer und organisatorischer Hinsicht hier und da überlegen sind, daß aber, alles in allem, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, ihren amerikanischen Schwesterinstitutionen durchaus überbürtig ist.

• Rundschau •

Die neuen Unterfürsorgefälle in der Erwerbslosenfürsorge, die mangelhaft genug ausfallen, betragen nach der Neufestlegung auf die Woche umgerechnet ab 14. Dezember:

Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

		in den Teilen der Ostprovinzen			
		A	B	C	D u. E
1.	für Personen über 21 Jahre	8,28	7,74	7,20	6,66 Ml.
2.	für Personen unter 21 Jahren	4,98	4,68	4,38	4,08 "
3.	für einen Mann nebst Frau	11,16	10,44	9,72	9,— "
4.	für eine Familie m. 2 Kindern	15,12	14,16	13,20	12,24 "
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt . . . . .		18,60	17,70	16,50	15,30 "

Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

1.	für Personen über 21 Jahre	9,72	9,12	8,52	7,92 Ml.
2.	für Personen unter 21 Jahren	5,88	5,52	5,16	4,80 "
3.	für einen Mann nebst Frau	13,02	12,24	11,46	10,68 "
4.	für eine Familie m. 2 Kindern	17,70	16,68	15,66	14,64 "
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt . . . . .		21,60	20,40	19,20	18,— "

Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

1.	für Personen über 21 Jahre	10,44	9,78	9,12	8,46 Ml.
2.	für Personen unter 21 Jahren	6,30	5,88	5,46	5,04 "
3.	für einen Mann nebst Frau	14,04	13,14	12,21	11,34 "
4.	für eine Familie m. 2 Kindern	19,08	17,94	16,80	15,66 "
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt . . . . .		24,—	22,50	21,—	19,50 "

Kein Kommentar nötig! Die „Kommunalpolitischen Blätter“, eine in Köln erscheinende bürgerliche Zeitschrift, schreibt unterm 10. Dezember 1925:

„Der Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände“ gibt eine Zeitschrift „Magazin für Arbeitsrecht, Sozialpolitik und verwandte Gebiete“ heraus. Man sieht schon aus diesem Titel, daß der Verband das Aufgabengebiet seiner Zeitschrift sehr weit gesteckt hat. Dieses umfangreiche Interessengebiet versucht die Zeitschrift zu experimentieren, von denen sie lieber die Jünger lassen sollte. So bringt sie in Nr. 18 (S. 193) einen Aufsatz über „Nationale und internationale Politik“, der wirklich nichts mit den Aufgaben des Reichsarbeitsgeberverbandes zu tun hat, der aber bei einem großen Teil der Mitglieder des Reichsarbeitsgeberverbandes Anstoß erregen wird. Wir halten es für überflüssig, uns mit der Zeitschrift über die Ausführungen des Artikels im einzelnen auseinanderzusetzen — das überlassen wir den Sozialdemokraten (vergl. „Vorwärts“ Nr. 564 vom 29. November) —, aber wir halten es doch für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß man es auch in anderen Arbeiten für richtig hält, daß die offizielle Zeitschrift des Reichsarbeitsgeberverbandes Deutscher Gemeinden sich auf ihr Aufgabengebiet beschränkt.“ — Das genügt!

Eine geographische Hundertjahrfeier. Der Zusammenklang von Wissenschaft und Praxis hat die deutsche Wirtschaft groß gemacht. Was die chemische Wissenschaft für die Entwicklung unserer Farbenfabrikation geleistet hat, wie die Stahlerzeugung durch Laboratoriumsarbeit befruchtet wurde, das alles sind auch der Allgemeinheit bekannte Tatsachen. Das Erscheinen der Hundertjahrsausgabe des berühmten „Stieler“ gibt Gelegenheit, auch auf einen anderen, stilleren Gebiete die Erfolge dieser Zusammenarbeit zu verfolgen. Ein gutes Buch von einem schlechten zu unterscheiden, gehört cum grano salis zum deutschen Bildungsgut; die gute Karte dagegen aus minderen zu kennen, ist bei nicht ganz unter dem Durchschnitt stehenden Erzeugnissen selbst für die meisten Gebildeten eine schwierige Aufgabe. Es ist ein Glück, daß Deutschland auch auf dem Gebiete der Kartographie Führerrolle besitzt; der Wert der durchschnittlichen deutschen Kartenproduktion überragt das ausländische Niveau. Immerhin fehlen höhere Ansprüche, und der Atlas aus Großvaters Tagen gilt auch heute noch in recht vielen Familien als Ratgeber; wie das mit dem gerade von Praktikern, von Politikern und Kaufleuten unermüdlich geforderten erhöhtem Verständnis für Geographie vereinbar ist, steht auf einem andern Blatt. Freilich die allgemeine Vererbung ist ein schweres Hindernis. Bei der einmal doch notwendig kommenden Reanimierung Urteilsfähigkeit zu besitzen, dürfte gerade deshalb von Interesse sein. Ein Atlas von der Bedeutung des „Stieler“ konnte nur auf breiter Grundlage entstehen. Justus Perthes' Geographische Anstalt vor sie ihm. Sie hielt lebendige Verbindung mit allem, was an neuen Fortschrittsvergnissen auswertbar war. Schon Hedins grundlegende Forschungen, Emin Richthofen's Arbeiten, des Freiherrn von Richthofen's Reisen im fernem Osten, sie alle fanden hier ihre erste Durcharbeitung und kartographische Auswertung. Die neue topographische Aufnahme der Vereinigten Staaten, die entsprechenden Arbeiten der japanischen Regierung fanden in der neuen Auflage erhaltend Berücksichtigung. Für Amerikanden allein — überall leuchtete das Ergebnis nicht staunlich ein — wurden 13 Kartenwerke durchgearbeitet; dies Reichtum von einer auf 18 Karten übertragen, läßt unmaßgeblich ermessen, was der unter Leitung von Freiherr Hand stehende wissenschaftliche Stab für unerschöpfliches Material zu sichten hatte. Die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse sind dann von den Kartographen in repräsentationsfähigen Vorlagen niederzulegen. Zur Zeichnung einer Karte benötigt ein guter Kartograph etwa zwei Jahre; er genügt nicht

also, wenn er allein alle 108 Karten neu zu zeichnen hätte, 216 Jahre. Lassen wir ihn im 20. Lebensjahre nach Beendigung seiner Lehrzeit die Arbeit beginnen, so würde sein Ur-Urenkel im besten Falle den Abschluß der letzten Karte bringen! Zahlen geben auch dem Laien einprägsame Bilder von der technischen Riesearbeit, die zu bewältigen ist. Die vier Grundplatten (Gerippe, Flüsse, Berge, Schrift) jeder Karte — im ganzen 432 — werden allein beim Stieler in der edelsten aller Reproduktionstechniken — im Kupferstich — hergestellt: ein Kupferstecher müßte 200 Jahre arbeiten; auch hier also erst die fünfte Generation, die zur Vollendung käme! Damit nicht genug: nur die Grundplatten werden im Kupferstich gefertigt; die verschiedenen Farbenplatten, die zur Darstellung der politischen Grenzen, der Meerestiefen usw. dienen, sind lithographische Arbeit. Durchschnittlich 11 Farben kommen auf jedem Stielerblatt zur Darstellung, mit dem Rückseitendruck (Titel) sind also 12 Druckgänge für jede Karte notwendig. Bei einer Auflage von 100 000 Exemplaren und einer Steindruckprei wäre die Arbeit so zu berechnen: 1 200 000 Drücke bei jeder Karte, das sind für alle Karten 130 Millionen Drücke. Eine Tagesleistung von 3000 Drucken bedingt unter günstigen Verhältnissen eine Druckdauer von 43 000 Tagen = fast 150 Jahre! Wir sehen: es ist eine stille Arbeit, die hier geleistet wird; eine Arbeit, die, trotzdem ein denkbar großer Apparat zu ihrer Bewältigung gehört, völlig im eigenen Betriebe des Verlages geleistet wird (Justus Perthes in Gottha). Das Verantwortungsgefühl, das Herausgeber und Verlag beiseit, erlaubt nicht die Hinzuziehung fremder Werkstätten. Dieser Grundlag der verantwortungsvollen eigenen Arbeit hat das unübertreffliche Wert geschaffen. Daß alle Vorzüge dieses hundertjährigen Strebens in der jetzt herausgegebenen Jubiläumsausgabe wieder erscheinen, daß neue hinzutreten sind, ist ein Beweis des ungeborenen Führerwillens und Führerkönnens unserer deutschen Arbeit. An wissenschaftlicher Güte, an Plastik der Darstellung, an vollendeter Reproduktion; mit alledem an Gebrauchsfähigkeit für jedermann erreicht kein Karteuwert der Welt unseren „Stieler“.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Vorstandes.

Inhaltsverzeichnisse und Einbanddecken für unsere Verbandszeitsungen „Die Gewerkschaft“, „Beamten-Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“, Jahrgang 1925, werden auch in diesem Jahre wieder hergestellt. Die Inhaltsverzeichnisse und die Einbanddecken erscheinen Mitte Januar 1926. Um einen Heberblick über die Höhe der Auflage zu gewinnen, bitten wir um sofortige Bestellung der benötigten Exemplare. Die Inhaltsverzeichnisse werden kostenlos geliefert. Die Einbanddecken, in der bekannten guten Ausführung hergestellt (Ganzleinen), werden zum Selbstkostenpreise von 75 Pf. abgegeben.

Für die Filialbibliotheken empfehlen wir die nur in beschränkter Anzahl vorhandenen, auf besserem Papier gedruckten Jahrgänge unserer Verbandszeitsungen. Auf Wunsch können wir diese auch in Originalleinwand, dauerhaft eingebunden, liefern.

Die Preise sind für „Die Gewerkschaft“, ungebunden, 2,50 Ml., „Beamten-Gewerkschaft“, ungebunden, 2,50 Ml., „Die Sanitätswarte“, ungebunden, 2 Ml. Für den in Originalleinwand gebundenen Jahrgang erhöht sich der Preis um 1,75 Ml.

Wir bitten die Filialleitungen, den Bedarf an Inhaltsverzeichnissen, Einbanddecken und gebundenen Jahrgängen sofort bei der Expedition der „Gewerkschaft“ anzumelden. Alle Bestellungen werden nach der Fertigstellung der Verzeichnisse und Einbanddecken in der Reihenfolge ihres Eingangs erledigt.

Den Filialverwaltungen sind die Fragebogen über Organisationszugehörigkeit in drei Druckstufen nebst entsprechender Anzahl Hilfs- und Betriebsfragebogen sowie dazu gehörendes Anschreiben zugegangen.

Der Ausfertigung des Fragebogens ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auch ist der für die Einbindung des Fragebogens vorgesehene Termin (1. Februar 1926) innezuhalten.

Von den den Filialverwaltungen zugegangenen 3 Druckstufen des Fragebogens ist der eine für den Verbandsvorstand bestimmt, der zweite mit entsprechendem Vermerk versehenen Bogen ist anzuhelfen der zuständigen Gouvernante anzustellen. Der dritte Bogen ist in Abschrift den Filialstellen zuzufügen.

Der Bedarf weiterer Hilfs- bzw. Betriebsfragebogen sind solche von der Hauptverwaltung anzufordern.

Die Ausfertigung des Fragebogens hat nach den im Anschreiben gegebenen Weisungen zu erfolgen.

Der Verbandsvorstand.

Druck und Vertrieb durch die Verbandsverwaltung, Justus Perthes, Leipzig, Postfach 98, unter d. E. 100000, Telefon 2111, Telefax 20, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

**Illustrierter Arbeiter-Kalender für das Jahr 1926** erscheint im Vergleich zu den vorjährigen Kalendern in einem Umfang von 120 Seiten mit 265 Illustrationen. Die literarischen Texte enthalten u. a. Anekdoten und Satire aus Afrika und Arabien. Neu sind die kleinen Biographien von Politikern, Feldherren, Wissenschaftlern und Künstlern, deren Lebenslauf für die Arbeiterklasse von Interesse ist. Besonderer Wert wurde auf die Ausgestaltung des historischen Materials gelegt. Auf gutem satinierten Papier kostet der Kalender 2 RM., auf bestem halbfreien Papier 3 RM. — Verlag Carl Heyne Nachf., Berlin NW 6.

Einem **alten Kalender für 1926** hat der Deutsche Bauern- und Arbeiter-Verband hervorgebracht. Er präsentiert sich in rotem Umschlag mit goldener Schrift und schwarzer Zeichnung. Neben dem üblichen Kalendermaterial und diversen Wertstücken usw. enthält er Artikel über das Verbandsleben in den Jahren 1924 und 1925; Reichsbanner und Landarbeiterschaft; Die Entstehung des Lebens auf der Erde. In „Dahmalig und heute“ zieht Franz Mühl einen Vergleich zwischen dem monarchischen und republikanischen Deutschland. Dr. Hans Graas schreibt über: „Bewerbung und Fortpflanzung beim Menschen“; Dr. Ludwig Engelbrecht über: „Wege zur Verbesserung der Bodenkultur“; und Willy Röhde über: „Grundbesitz und Bodenbevölkerung“. Einige Erzählungen, Anekdoten, Rätsel usw. sorgen für Unterhaltung. In jedem Artikel sind Bilder beigegeben.

Gegen das **Steuernrecht**. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Berlin 1925, 128 S. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1 RM.

Obwohl inzwischen die **Steuererlasse vom Reichstag** verabschiedet sind, hat diese Schrift doch noch großes Interesse, weil in ihr zu grundsätzlichen Fragen der Besteuerung Stellung genommen wird. Sie ist deshalb allen denjenigen zu empfehlen, die auch weiterhin daran arbeiten, die Steuern für die Werktätigen auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

Dritte Konferenz zur **Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit**. 56 S. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. 1,10 RM. — Ueber die Verhandlungen der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz, am 6. und 7. August d. J. in Hamburg liegt jetzt der gedruckte Bericht vor. Wertvoll daran ist besonders, daß das Referat von Ernst Riefisch über das Problem „Jugend und Beruf“ sowie die sich daran anschließende interessante Kasparde wiedergegeben sind. Doch auch die instruktiven Vorträge über „Gewerkschaften und Berufsstände“, „Das neue Berufsausbildungsgesetz“ und über die „Mitwirkung der Gewerkschaften über die Regelung der Lohnverhältnisse“ ist genügend Raum gewährt worden.

**Die nächste internationale Arbeiterkonferenz 1925 in Genf.** Hans Fehlinger. 16 S. 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 0,80 RM.

Es ist zu begrüßen, daß auch über diese Konferenz nunmehr ein Bericht im Druck erschienen ist, der zeigt, welche Möglichkeiten in der internationalen Zusammenarbeit für die Arbeiterschaft besteht. Jeden, der sich über die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterkonferenz unterrichten will, die als ein völkerverständliches Parlament für Sozialpolitik bezeichnet werden könnte, sollte diese kleine Broschüre in die Hand nehmen.

„**Peter Stoll**“. Von Carl Dany. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. In originellem Einband 2,40 RM.

Das ist ein Jugendbuch in des Wortes bester Bedeutung. Schon die originelle Aufmachung verrät, daß es sich hier um etwas ganz Besonderes handelt. — Was dieser Peter Stoll alles aus seinem einfachen Leben in urchigstem, ungekünsteltem Jugenjargon zu erzählen weiß! Von seinen Freuden und Ädnen, von seinen Abenteuern und Jugendschicksalen, von der ganzen Erlebniswelt des Kindes aus dem Fabriktiere, der Großstadt plaudert er. Und das ist bei aller Natürlichkeit so lustig und wunderbar wie in den abenteuerlichsten Geschichtsbüchern. Die Straßen mit dem flutenden Leben, die Höfe mit bellendem und laufendem Gekier, die Schuppen, die Keller und Treppenhäuser, die Schuttsfelder der neuen Stadtteile; die reicher an Kohlensteinen sind, als alle unterirdischen Gnomenschätze, die Maschinenungeheuer hinter Fabrikmauern, die rauchenden Schöste und gelenden Pfliffe, das alles wird zu einer Welt von Greifbarkeiten und Abenteuern. Und erst wenn aus Peter Stoll seine Freude vorheißt, wenn er auf Schwabingfabriken in den Hosen geht und dabei dem „Hollmops“ und der Hasenpostel ein Schnippschen schlägt, oder wenn er mit seinem rastlosen Freund über die Gassen streift, um ohne Eintrittsgeld den Tagesrad zu sehen! Das sind Kätzchenzeiten, bei denen die Jugend aufjubelt. Aber das ist noch nicht alles. Peter Stoll spielt mit seinen Kameraden Ciozgrubaner, er wird Blüjunge und Kohlensteinmer und erlebt gar vielerlei merkwürdige Dinge. Bei allem Humor, der durch das ganze Buch geht, fehlt es aber auch nicht an tiefsten Motiven im Leben des Peter Stoll. Wie sollte das auch anders sein. Er ist ein Arbeiterkind und trägt mit an dem Schicksal seiner Klasse. Arbeitslosigkeit zu Hause, der Vater verunglückt in der Fabrik, der Bruder stirbt als Opfer seines Berufs. Peter wird vom Schularzt in eine Waldheilungsstätte geschickt und da tut sich ihm wieder eine neue Welt mit viel schönem Erleben auf. Und dann tritt er ins Leben hinaus. Wir können nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Gezeigt kann aber werden, daß dieses neue Dieb-Jugendbuch ein kleines Kunstwerk ist, das Max Graefler mit einem originellen Gemwand versehen hat und den Inhalt mit köstlichen Zeichnungen bereich. Das Buch wird die Herzen der Jugend im Sturm erobern.

**DIE ZWÖLF  
HAUPTGRÜNDE DER  
LEISTUNGSFÄHIGKEIT  
DER  
CIGARETTENFABRIKEN  
REEMTSMA A-G.**

ALTONA-BAHRENFELD  
REISHOLZ BEI DÜSSELDORF  
BUSSUM IN HOLLAND



**N.4**



**DIE BEOBSACHTUNG DER  
WELTWIRTSCHAFTLICHEN VORGÄNGE**

## Notizkalender 1926

Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ein wichtiges und nützliches Taschenbuch für jedes  
Verbandsmitglied 190 Seiten stark, in dauerhaftem  
Kunstledereinband — Illustrierter Monatskalender —  
Räumlich großer Tagesnotizkalender — Wichtige Er-  
findungen, Entdeckungen und Kulturfortschritte —  
Geschichtskalender des Verbandes — Hochinteressante  
Artikel aus dem Verbandsleben und vieles andere.

Preis 1,— Mark, für Verbandsmitglieder 0,75 Mark.

Bestellungen bitten wir zu richten an die  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

## Band II erscheint!

# MEYERS LEXIKON

IN 12 BÄNDEN  
7., von A—Z neue Auflage  
Ueber 160 000 Stichwörter

5000 Abbildungen, Karten und Pläne im Text, 610 Bildertafeln  
(96 farbige), 140 Kartenbeilagen, 40 Stadtpläne, 200 Text- und stati-  
stische Übersichten, dauerhafte künstlerische Halblederbände.  
Band I und II kosten je 30 Mark; die weiteren  
Bände folgen in Abständen von 4—5 Monaten.  
Ich liefere gegen **nur 5 Mark** pro  
Monatszahlungen von **ohne jeden Teilzahlungszuschlag.**

Bestellen Sie jetzt; das bandweise Erscheinen erleichtert  
wesentlich die Anschaffung!

### Bekanntmachung!

Alle auf Lager befindlichen Bücher liefere  
ich ab heute gegen bequeme Monatszahlung  
**ohne Zuschlag.**

**Buchhandlung KARL BLOCK, Berlin SW 68**  
Kochstraße 9 / Postscheck: Berlin 20749

**Bestellschein.** Ich bestelle bei der Buchhandlung Karl Block,  
Berlin SW 68, lt. Anz. in „Die Gewerkschaft“,  
MEYERS LEXIKON in 12 Bänden, Band I und II zu je 30 Mk. sofort lieferbar,  
die weiteren Bände jeweils nach Erscheinen zum Tagespreis — gegen bar —  
gegen Monatsrate von 5 Mk. für jeden Band. Der ganze Betrag — die 1. erste  
Rate — folgt anbei — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschtes streichen!) Er-  
hellungsort Berlin.

Ort u. Datum: ..... Name u. Stand: ..... (F)

## STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

**KOCH & SEBLAND** G. m. b. H. (F)  
Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

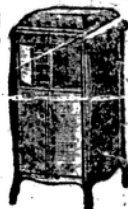
## MÖBEL-Wichert

Spottbillig, weil Riesen-Umsatz  
Elsasser Straße 20 (F)

## Was sich jeder wünscht!



„Die mollige Ecke  
im eigenen Heim“  
kann sich heut  
dank meinem  
Teilzahlungssystem



Beachte ohne Anzahlung · Mäßige Raten · Auswärts 3 Tage zur Probe  
**Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel**  
Verleihen Sie Praktikum D od. Vertreterbesuch  
Ausleiherungsbüro ohne Kassenzwang geöffnet 9-7 Uhr  
**DEUTSCHE HEIMKUNST** (F)  
Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikate,  
Berlin, Annenstr. 41, n. d. Alten Jakobstraße :: Tel.: Moritzpl. 4663



Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste  
Fabrikpreise. Schallplatten M. 2.50. Ernst Heß, Nachf.,  
ge.r. 1877, Kienrenthal, Sa. 189. Großer Katalog gratis.



**HERREN-ARTIKEL**  
Max Becker  
Berlin, Turmstr. 36 (im Armeepl.)  
Bekanntes Spezialgeschäft  
für Handschuhe, Strümpfe,  
5% watten. Höhe usw. zu  
erkannt billigen Preisen.

## Gartenbesitzer!

Um weitesten Kreisen den Unterschied  
zwischen hochgezüchteter Züchter-  
saat und Handelsaatgut bezüglich  
Keimkraft, Ertrag und Wohlgeschmack  
vor Augen zu führen, versenden wir  
**völlig gratis und franko 10000**  
**Päckchen Harbottensamen à 20 gr**  
**Manitase, verbesserte frühe süße.**

Wir bitten alle Garten- und Scire-  
gartenbesitzer, uns umgehend ihre genaue  
Adresse per Postkarte mitzuteilen, worauf  
Gratiszusendung eines Päckchens ohne  
jede weitere Verpflichtung für Sie erfolgt. (F)

**Kurt Hermann Samenzüchter**  
Blankenburg am Harz b. Halberstadt

## Qualitäts - Instrumente

(F) aller Art  
Schallplatten  
Reichste  
Auswahl  
Katalog  
gratis



Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kreuzstr. 12.

## Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung

Sieben erschienen  
Heft 21.  
**Die Unfallgefahren des Krankenpflegepersonals  
und die Unfallversicherungsgesetzgebung**

Auf Grund des von der Reichssekktion Gesundheitswesen  
gesammelten Materials bearbeitet von Oskar Kurpat.  
Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,45 Mark  
Bestellungen, die in der Reihenfolge ihres Einganges erledigt  
werden, sind zu richten an

Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42  
Postscheckkonto Berlin NW 7 Nr. 7127